



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2021

Teil I: Regierungsrat



Inhaltsverzeichnis

Überblick	3
Öffentliche Sicherheit	5
Bildung	7
Kultur, Sport und Freizeit	9
Gesundheit	11
Gesellschaft und soziale Sicherheit	13
Verkehr	15
Umwelt und Raumordnung	17
Volkswirtschaft	19
Finanzen und Steuern	21
Allgemeine Verwaltung	23
Massnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise	25
Finanzen im Überblick	31
Ressourcen	34
Bedeutende Beteiligungen	40
Allgemeiner Geschäftsgang	42
Rechtsetzung	43
Finanzvorlagen	46
Volksabstimmungen	49
Impressum	51

Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:
Teil I: Regierungsrat (vorliegend)
Teil II: Direktionen und Staatskanzlei
Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:
zh.ch/gb

Überblick

Auf sich rasch verändernde Situationen schnell und adäquat reagieren und dabei das grosse Ganze nicht aus den Augen verlieren – vor dieser Herausforderung stand der Kanton Zürich im zweiten Jahr der Pandemie. Dabei erwies sich unser föderalistisches System als krisentauglich. Die verschiedenen Interessen und Aktivitäten auf allen Ebenen wurden in einem Sonderstab unter der Leitung des Kommandanten der Kantonspolizei gebündelt. Kanton, Städte, Gemeinden und Institutionen zogen am gleichen Strick und leisteten ihren wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung. Der Kanton verfügt mit seiner Krisenorganisation über Strukturen, die auch in künftigen Krisen greifen werden.

Die Coronapandemie ist nicht die einzige grosse Herausforderung, der sich der Kanton stellt. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft zeigen sich immer deutlicher. Der Kanton, weltweit gesehen ein kleiner Player, kann einen Beitrag gegen die Erderwärmung leisten, indem er mit gutem Beispiel vorangeht und durch Anreize und eine hervorragende Infrastruktur im Forschungsbereich Lösungen zur Emissionsminderung anregt.

Die Dringlichkeit der digitalen Transformation wurde uns im Berichtsjahr aufgrund der Coronapandemie noch deutlicher vor Augen geführt. Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung tauschen sich vermehrt im digitalen Raum aus. Der Kanton und mit ihm die Verwaltung stellen sich dieser Herausforderung und treiben den Digitalisierungsprozess stetig voran. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Schutz persönlicher Daten.

Die Beziehungen zur Europäischen Union – so wichtig für den Kanton Zürich als Zugpferd der Schweizer Wirtschaft und Standort renommierter Hochschulen – gewannen an Bedeutung, wurden in den letzten Monaten aber gleichzeitig schwieriger. Grundsätze und Leitlinien zur europapolitischen Haltung sind in Erarbeitung, um die spezifischen Interessen des Kantons verstärkt in die Diskussion um das Verhältnis der Schweiz zur EU einzubringen.

Die kantonale Verwaltung war gefordert, in diesem schwierigen Umfeld zu agieren. Dabei erbrachte sie die gesetzlichen Leistungen mit gewohnt hohem Standard. Gleichzeitig war pandemiebedingter Zusatzeffort erforderlich. In Zusammenarbeit mit Spitälern, Arztpraxen, Apotheken, Heimen und Spitex-Organisationen wurden im Kanton 2,6 Mio. Impfdosen verabreicht. Den Impfbüros kam dabei die Schlüsselrolle für die rasche Impfung grosser Bevölkerungsgruppen zu. Die Herausforderungen der Impfkampagne wandelten sich innerhalb des Berichtsjahres stark: Während zu Beginn die angemessene Verteilung der spärlichen Impfstoffe im Vordergrund stand, galt es später, unentschlossene Einwohnerinnen und Einwohner vom Nutzen der Impfung zu überzeugen. Das Gesundheitswesen war durch die Belastung durch Coronapatientinnen und -patienten zusätzlich gefordert. Der Kanton leistete den Spitälern dabei finanzielle Hilfe. Wirtschaft und Gesellschaft waren von behördlichen Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie betroffen. Unternehmen mit starken Umsatzeinbußen erhielten Ausfallentschädigungen des Härtefallprogramms, besondere Unterstützungsprojekte für Veranstaltungen, Sportvereine und den Kultursektor wurden weitergeführt. Dank grossem Engagement und Kreativität im Bildungsbereich konnten die Schulen ganzjährig offen gehalten werden.

Für die Umsetzung des Legislaturprogramms und die Erreichung der damit gesetzten Ziele bleibt noch ein Jahr Zeit. Von den 53 Massnahmen sind zwei bereits abgeschlossen worden, 44 werden planmässig umgesetzt, bei sechs verzögert sich die Umsetzung und auf eine Massnahme wurde verzichtet – eine Zwischenbilanz, die sich angesichts der ausserordentlichen Herausforderungen durch die Coronapandemie sehen lassen kann. Im Rahmen des Legislaturprogramms wurden im Berichtsjahr wichtige Meilensteine im Einsatz gegen den Klimawandel erreicht: Mit der Annahme des revidierten Energiegesetzes können die grossen CO₂-Treiber Öl- und Gasheizungen mit kantonalen Unterstützung durch umweltfreundliche Alternativen er-



Von links: Dr. Kathrin Arioli (Staatsschreiberin), Natalie Rickli, Carmen Walker Späh, Ernst Stocker (Vizepräsident 2021/2022), Jacqueline Fehr (Präsidentin 2021/2022), Mario Fehr, Dr. Silvia Steiner, Dr. Martin Neukom

setzt werden. Die neu erarbeitete Strategie «Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich» verbindet gleich zwei der derzeit grossen Herausforderungen für den Kanton im Mobilitätsbereich. Zur Stärkung der Biodiversität wurde mit der Umsetzung der Natur-Initiative begonnen. Auch in den weiteren Politikbereichen wurden Erfolge verzeichnet. Die Gymnasien sind durch eine Anpassung des Lehrplans mit einer stärkeren Ausrichtung auf MINT-Fächer für die Zukunft gerüstet. Dank dem Aufbau einer neuen Fachstelle sind Seniorinnen und Senioren besser vor Kriminalität geschützt. Mit einem Weiterbildungsprogramm für Imame und muslimische Betreuungspersonen leistet der Kanton schweizweite Pionierarbeit. Projekte zur Förderung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe, unabhängig von Geschlecht, Alter und Herkunft, stärken den Zusammenhalt in der Bevölkerung. Vertiefte Informationen zu diesen und vielen weiteren Arbeitsschwerpunkten des Berichtsjahres finden Sie in diesem Geschäftsbericht.

Im von der Pandemie geprägten Berichtsjahr zeigte der Kanton seine Leistungs- und Widerstandsfähigkeit. Dazu war ein aussergewöhnlicher Einsatz des kantonalen Personals, der Gemeinden und Institutionen nötig – wofür wir uns herzlich bedanken. Genauso wichtig bei der Bewältigung der Pandemie waren die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons. In vorliegendem Geschäftsbericht kommen einige von ihnen zu Wort. Es freut uns, zu erleben, wie die Arbeit, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung tagtäglich leisten, in der Bevölkerung Wirkung zeigt.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich

Öffentliche Sicherheit

Bewältigung der Pandemie unter der Leitung der KFO

Bei umfassenden und andauernden Grossereignissen sowie bei ausserordentlichen Lagen wird die Kantonale Führungsorganisation (KFO) eingesetzt. Sie unterstützt den Regierungsrat bei der Umsetzung des Bevölkerungsschutzgesetzes. Nach der Beendigung der ausserordentlichen Lage Mitte 2020 führte ein Sonderstab die Arbeit der KFO bei der Bekämpfung der Coronapandemie fort. Dieser wurde nach rund einjähriger intensiver Tätigkeit Ende Juni des Berichtsjahres abgelöst und die Bewältigung der Pandemie im Kanton in den Regelbetrieb mit den ordentlichen Zuständigkeiten der KFO übergeführt.

Der Regierungsrat hat aufgrund der Erfahrungen in der ersten Phase der Pandemie die standardmässige Zusammensetzung der KFO um Vertreterinnen oder Vertreter der Staatskanzlei, der beiden Städte Winterthur und Zürich und der Gemeinden sowie weiterer Behörden ergänzt, um eine effiziente Koordination zwischen den beteiligten Verwaltungseinheiten zu ermöglichen. Damit wurden bereits Empfehlungen aus dem Bericht der kantonsrätlichen Subkommission Notstandsmassnahmen Coronapandemie sowie der vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Evaluation zum kantonalen Krisenmanagement in der ersten Phase der Pandemie umgesetzt.

Im Dezember des Berichtsjahres entschied der Regierungsrat aufgrund der steigenden Fall- und Hospitalisierungszahlen, den Sonderstab unter der Leitung des Kommandanten der Kantonspolizei befristet wieder einzusetzen.

«Fachstelle Seniorenschutz» nimmt Betrieb auf

Von Telefonbetrug bis zu Gewalt im Alter: Delikte, bei denen die Täterschaft gezielt ältere Menschen angeht, nahmen in den vergangenen Jahren zu. Um dieser bedenklichen Entwicklung zu begegnen, wurde die «Fachstelle Seniorenschutz» eingerichtet

(siehe RRZ 1a). Die bei der Kantonspolizei angegliederte Fachstelle nahm zu Beginn des Berichtsjahres ihren operativen Betrieb auf. Sie nimmt bei der Ermittlungsarbeit polizeiintern und in der Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft eine vermittelnde Funktion ein, leistet präventive Sensibilisierungsarbeit und dient als Anlaufstelle für Partnerorganisationen, aber auch für Direktbetroffene und deren Angehörige. Regelmässige Erfahrungsaustausche und die Vernetzung mit Partnerorganisationen helfen bei der Früherkennung von Trends und dem Erarbeiten geeigneter Massnahmen. Die Fachstelle wird von zwei erfahrenen Kriminalpolizisten und einer Gerontologin betrieben.

Gegen Gewalt an Frauen und Häusliche Gewalt

Der Regierungsrat hat gegenüber der Gewalt an Frauen eine ganz klare Haltung: Nulltoleranz. Entsprechend konsequent setzt sich der Kanton dafür ein, Gewalttaten in jeder Form zu verhindern, diese gezielt zu ahnden und die Opfer wirkungsvoll zu schützen (siehe RRZ 1e). Im Berichtsjahr verstärkte der Regierungsrat das bereits bestehende Netz von Massnahmen mit der Umsetzung der «Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt». Mit einem von der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt koordinierten Massnahmenplan wird unter anderem geprüft, ob auch LGBTIQ-Personen, Menschen mit Behinderungen oder solche mit Migrationshintergrund Zugang zur Opferhilfe haben. Weiter wird untersucht, ob das Angebot an Schutzplätzen für Kinder, Jugendliche und Männer genügt und wie jenes für Frauen langfristig gesichert werden kann. Eine umfassende Opferhilfestrategie wird ebenfalls erarbeitet.

Die Kampagne «Stopp Gewalt gegen Frauen» wurde auch im Berichtsjahr weitergeführt und mit einem Fokus auf Belästigung, Übergriffe und Gewalt im öffentlichen Raum erweitert.

«Dank der Präventionskampagne «Sicherheit im Alter» kann ich Gefahren besser einschätzen.»

Marlise Stöckli



Legislaturziel RRZ 1: Die Sicherheit ist unter Berücksichtigung der digitalen Kriminalität gewährleistet

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 1a Seniorinnen, Senioren und Hilfsbedürftige gegen Gewalt- und Vermögensstraftaten schützen</p> <p>Die bei der Kriminalpolizei angegliederte Fachstelle «Seniorenenschutz» wurde von der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft aufgebaut, der zugehörige Internetauftritt erstellt und eine erste Informationsveranstaltung dazu durchgeführt.</p> <p>Die Staatsanwaltschaften haben verschiedene Verfahren im Bereich seniorenzentrierte Kriminalität in den Regionen geführt.</p>	Planmässig	DS, JI
<p>RRZ 1b Geldwäscherei in enger Zusammenarbeit mit kantonalen, nationalen und internationalen Behörden bekämpfen</p> <p>Im Berichtsjahr wurden verschiedene Massnahmen in den Bereichen Standardisierung, Instruktion, nationale und internationale Vernetzung sowie Zusammenarbeit und gezielte Aktionen konzipiert und umgesetzt. Im Rahmen von Strafverfahren konnten Vermögenswerte in Millionenhöhe zur späteren Einziehung sichergestellt werden. Die Erkenntnisse aus den geführten Strafverfahren wurden vertieft analysiert, um daraus Präventionsmöglichkeiten und weiteren Handlungsbedarf abzuleiten.</p> <p>Mit Bezug auf die Umsetzung der revidierten Dienstanweisung «Bargeld» fanden erste kleinere Aktionstage am Flughafen statt. Weiter wurden ein Vernetzungstreffen und eine Informationsveranstaltung mit Bundesbehörden durchgeführt. Eine Weiterbildungsveranstaltung zum Thema Geldwäscherei konnte im Rahmen des Kriminalistischen Instituts umgesetzt werden. Schliesslich liegt der Halbjahresbericht mit aktuellem Lagebild und konkreten Handlungsempfehlungen vor.</p>	Planmässig	JI, DS
<p>RRZ 1c Die Effizienz und Effektivität der Ermittlung und Strafverfolgung mit digitalen Prozessen und Verfahren verbessern</p> <p>Der standardisierte Ermittlungsprozess zum Umgang mit umfangreichen Daten- und Informationsaspekten («Big Data») wurde zwischen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft konsolidiert. Bei der Kriminalpolizei wurden alle Einheiten mit digitalen Aufgaben in einer Abteilung gebündelt. Diese führt das Projekt «Big Data» zum Informations- und Datenmanagement mit vier Teilprojekten weiter. In Pilotverfahren konnten Effizienz und Dauer der Auswertung grosser Datensicherstellungen bereits gesteigert bzw. verkürzt werden.</p> <p>Im Projekt «Asservatenmanagement», das einen durchgängigen, einheitlichen und medienbruchfreien Umgang mit Sicherstellungen und Beschlagnahmungen zum Ziel hat, kommt es zu Verzögerung in Bezug auf die entsprechenden Management- und Erfassungstools.</p>	Verzögert	DS, JI
<p>RRZ 1d Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern Anschlusslösungen nach dem justiziellen Verfahren schaffen</p> <p>Im Berichtsjahr fanden erste Besprechungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Staatsanwaltschaft, der Psychiatrischen Universitätsklinik, des Bewährungs- und Vollzugsdienstes und der Kantonspolizei statt. Der Bedarf nach einer solchen Betreuungs- und Pflegeeinrichtung ist vorhanden, zivilrechtliche und strafrechtliche Fragen müssen noch geklärt werden. Ein Unternehmenskonzept zum Aufbau einer solchen Anschlusslösung liegt vor.</p> <p>Die Fachtagung Bedrohungsmanagement fand im Berichtsjahr zum Thema Gefährdung durch psychisch auffällige Personen statt, das Kriminalistische Institut führte eine Veranstaltung zum «Umgang mit Querulanten» durch.</p> <p>Die Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management wurde aufgestockt (RRB Nr. 328/2021). Neu beteiligen sich auch die Städte Zürich und Winterthur finanziell daran. Das IT-Tool für Gefährderansprachen ist seit Frühjahr des Berichtsjahres im operativen Einsatz.</p>	Planmässig	JI, DS
<p>RRZ 1e Gewalt gegen Frauen vermindern und potenzielle Opfer besser schützen</p> <p>Die Kampagne «Stopp Gewalt gegen Frauen» wurde im Verbund von Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und Kantonalen Opferhilfestelle erweitert. Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention hat der Regierungsrat die prioritären Massnahmen festgelegt und die Zuständigkeiten zugewiesen (RRB Nr. 338/2021). Der Grundkurs für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wurde um das Modul «Häusliche Gewalt» ergänzt, eine erste Durchführung fand im September des Berichtsjahres statt.</p>	Planmässig	DS, JI
<p>RRZ 1f Internetkriminalität konsequent bekämpfen und die Prävention ausbauen, insbesondere gegen Cybermobbing und neue Phänomene wie «Hatecrime»</p> <p>Die Kompetenzen der Angehörigen der Kriminalpolizei zum Einsatz digitaler Ermittlungsmassnahmen wurden erweitert und gestärkt. Neben Massnahmen zum Wissenserwerb wurden technische Hilfsmittel zur Vereinfachung von Arbeitsprozessen umgesetzt und weiterentwickelt. Die von der Kantonspolizei betriebene Webseite cybercrimepolice.ch hat sich als interaktiver Kommunikationskanal bewährt.</p>	Planmässig	JI, DS



Bildung

Gymnasien machen sich fit für die Zukunft

Der Bildungsbereich verändert sich laufend, widerspiegelt den gesellschaftlichen Wandel und passt sich an wirtschaftliche und technische Innovationen an. Mit dem vom Regierungsrat und vom Bildungsrat im September des Berichtsjahres gutgeheissenen Projekt «Gymnasium 2022» wird der Unterricht an Gymnasien dem Lehrplan 21 angepasst und die MINT-Fächer werden gestärkt (RRZ 2d). Konkret werden in Zukunft im Untergymnasium zweisprachige Ausbildungsgänge angeboten und die Fächer «Religionen, Kulturen, Ethik» sowie «Informatik» eingeführt. Letzteres wird auch in der gymnasialen Oberstufe zum Pflichtfach. Neu soll dort als Schwerpunktfach zudem «Philosophie/Pädagogik/Psychologie» angeboten werden. Diese Massnahmen bereiten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten noch besser auf die Hochschule vor. Ebenfalls wird die Jahrespromotion um ein Jahr auf das zweitletzte Jahr vor der Maturität ausgeweitet. Das bedeutet, dass eine provisorische Promotion neu letztmals zwei Jahre, eine Nichtpromotion letztmals ein Jahr vor den Maturitätsprüfungen ausgesprochen werden kann. Die Neuerungen aus «Gymnasium 2022» werden ab dem Schuljahr 2022/2023 schrittweise umgesetzt.

In Lernstuben Grundkompetenzen erarbeiten

Fehlende Grundkompetenzen erschweren das Leben auf vielen Ebenen – in der sozialen Interaktion, bei der Arbeit, der politischen Partizipation oder beim Schreiben einer Bewerbung. Der Regierungsrat will deshalb ein kantonales Netzwerk von sogenannten Lernstuben schaffen, die Erwachsenen mit Nachholbedarf in den Grundkompetenzen einen wohnortnahen Lernort bieten. Im März des Berichtsjahres hat der Kantonsrat dazu einen Rahmenkredit genehmigt. Die individualisierten Förderangebote in den Lernstuben reichen von Lesen und Schreiben über Deutschförderung und Mathematik bis hin zur Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Alle Angebote sind für die Nutzenden kostenlos, werden von Fachpersonen betreut und sind auf die Bewältigung des Alltags oder das Berufsleben ausgerichtet. Im Berichtsjahr haben über 800 Personen eine der vier Lernstuben besucht. Das Netzwerk soll in Zukunft weiter ausgebaut werden.

«In der Kantonsschule wird uns breites Wissen vermittelt. Das ermöglicht uns eine vielfältige Zukunft.»

Yuliia Tishchenko und Jonas Leisinger

Legislativziel RRZ 2: Den Schülerinnen und Schülern sowie den Lernenden gute Chancen für eine erfolgreiche Bildung ermöglichen

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 2a Kinder und Familien mit besonderem Förderbedarf identifizieren und mit Blick auf einen guten Start in die Volksschule gezielt unterstützen</p> <p>Das Konzept zur interinstitutionellen Früherkennung sowie die entsprechende Gesetzesvorlage wurden planmässig erarbeitet, die Vernehmlassung ist 2022 vorgesehen.</p>	Planmässig	BI
<p>RRZ 2b Den Kindergarten als Teil der Volksschule stärken und weiterentwickeln</p> <p>Im Berichtsjahr wurde unter anderem das Projekt FBVS (Frühbereich–Volksschule) zum Übergang vom Frühbereich zur Volksschule weitergeführt.</p>	Planmässig	BI
<p>RRZ 2c Die Unterrichtsqualität zugunsten verbesserter Lernleistungen der Kinder und Jugendlichen, welche die Grundkompetenzen nicht erreichen, erhöhen sowie eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Begabungen entwickeln</p> <p>Verschiedene Abklärungen und Koordinationsaufgaben erfordern mehr Zeit als geplant. Die Verzögerungen ergeben sich durch personelle Wechsel und notwendige Neuverortungen sowie Bündelungen von Folgemassnahmen mit anderen laufenden Projekten.</p>	Verzögert	BI
<p>RRZ 2d Die gymnasiale Bildung und die Berufsbildung vor dem Hintergrund des Zürcher Lehrplans 21 weiterentwickeln sowie gezielt auf die Anforderungen aus Hochschulen und Wirtschaft ausrichten</p> <p>Der Regierungsrat und der Bildungsrat haben die rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung des Projekts «Gymnasium 2022» genehmigt.</p> <p>Neben der Gymnasialstufe wird auch in der Berufsbildung bei laufenden Bildungsreformen sichergestellt, dass der Unterricht auf den Vorgaben des Lehrplans 21 aufbaut. Die zwei bereits installierten Nahtstellenprojekte befassen sich mit dieser Schnittstellenproblematik bei den Übergängen von der Volksschule zur Berufsbildung sowie von der Berufsmaturität an die Fachhochschulen. Die Projekte zur Umsetzung der nationalen Reformen der kaufmännischen Grundbildung und der Grundbildungen des Detailhandels wurden im Berichtsjahr weitergeführt.</p>	Planmässig	BI
<p>RRZ 2e Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II mit gezielten Massnahmen mittel- und langfristig erhöhen</p> <p>Mit den laufenden Massnahmen werden die Integrationsvorlehre, die Vorlehre, die Berufsvorbereitungsjahre und das Programm Grundkompetenzen gestärkt. Damit wird die Ausgangslage geschaffen, um die Abschlussquote zu erhöhen.</p> <p>Mit den Massnahmen im Nahtstellenprojekt am Übergang von der Volksschule zur Berufsbildung sowie mit Inputs vonseiten der Verbundpartner zur Steigerung der Attraktivität der Berufslehre soll die Abschlussquote weiter erhöht werden.</p>	Planmässig	BI

Kultur, Sport und Freizeit

Jubiläum und Erweiterungsbau für das Sportzentrum Kerenzberg

Gleich in doppelter Hinsicht konnte im Berichtsjahr auf dem im Kanton Glarus liegenden Kerenzberg gefeiert werden. Im Dezember wurde die letzte Etappe des Erweiterungsbaus des Zürcher Sportzentrums Kerenzberg abgeschlossen. Dieser Meilenstein fällt mit dem 50-jährigen Bestehen des Zentrums zusammen.

Die dem Kanton Zürich gehörende Anlage ist das drittgrösste polysportive Zentrum der Schweiz und beherbergt jährlich 400 Kurse mit durchschnittlich über 30 000 Übernachtungen, mehrheitlich von Sportlerinnen und Sportlern von Zürcher Sportvereinen, kantonalen J+S-Kursen oder Zürcher Schulen (siehe RRZ 3d). Um das Angebot im «Kerenzberg» vor allem für den Jugend- und Breitensport weiter auszubauen und die Infrastruktur auch für den Erwachsenensport noch funktionaler und moderner zu gestalten, investierte der Kanton Zürich in den letzten drei Jahren rund 50 Mio. Franken in den Ausbau. Neben einer zusätzlichen Dreifachsporthalle bildet der neue Unterkunfts- und Schulungstrakt das Herzstück der Erweiterung. Mit dieser Modernisierung und der erhöhten Bettenzahl ist das Sportzentrum Kerenzberg fit für die Zukunft.

Hilfe für den Sport

Auch im Berichtsjahr litten viele Sportorganisationen unter den coronabedingten Einschränkungen. Insbesondere in Organisationen, deren Einnahmen zum Grossteil aus Indoor-Veranstaltungen, ehrenamtlich erbrachten Sonderaktionen oder Dorfanklässen stammten, drohten negative Jahresergebnisse. Der Regierungsrat erneuerte daher die finanzielle Unterstützung von Nonprofit-Sportorganisationen. Insgesamt 1 Mio. Franken floss je zur Hälfte im Rahmen der «Strukturhilfe Sportverbände» an fünf grosse kantonale Sportverbände und unter dem Soforthilfe-Sport-Schirm an 66 Vereine (siehe RRZ 3d). Bei Letzteren lag der Fokus auf Sportvereinen mit einem hohen Kinder- und Jugendanteil.

Hilfe für Kulturschaffende

Die Coronapandemie und die Massnahmen zu ihrer Bewältigung waren für viele Kulturschaffende und -unternehmen existenzbedrohend. Im Berichtsjahr wurden deshalb die finanziellen Unterstützungsleistungen für den Kulturbereich weitergeführt (siehe RRZ 3c). Insgesamt wurden 49 Mio. Franken Ausfallentschädigung bewilligt, weitere 3 Mio. Franken flossen in Transformationsprojekte, mit denen sich Kulturunternehmen an die veränderten Gegebenheiten anpassten. Die Mittel wurden je zur Hälfte von Bund und Kanton finanziert.

Auf Anregung des Kantons Zürich wurde in der ersten Hälfte des Berichtsjahres eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund und mehreren Kantonen gebildet, um das Bundesmodell zur Abwicklung der Entschädigungsgesuche zu vereinfachen. So konnten die Beiträge schneller und unbürokratischer fliessen.

«Unsere Musik soll gehört werden – der Projektbeitrag des Kantons ermöglicht es uns, regelmässig vor Publikum aufzutreten.»

Hansjürg Brauchli

Weiterbildung von Imamen und muslimischen Betreuungspersonen

Religiöse Betreuungspersonen sind Vermittlerinnen, Vorbilder, Auskunftspersonen und Brückenbauer. Vor allem bei nichtanerkannten Religionsgemeinschaften nehmen sie eine wichtige Scharnierfunktion zwischen der religiösen Gemeinschaft, den Behörden und der Zivilgesellschaft wahr. Im Kanton leben rund 100'000 Musliminnen und Muslime, eine Ausbildung für muslimische Betreuungspersonen und Imame gibt es allerdings in der ganzen Schweiz nicht. Der Kanton füllte diese Lücke mit dem Projekt «Zürich-Kompetenz» (siehe RRZ 3a). Zusammen

mit dem Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft, der Universität Freiburg und mit Unterstützung der Vereinigung der Islamischen Organisationen Zürich konzipierte der Kanton im Berichtsjahr einen massgeschneiderten Weiterbildungslehrgang. In theoretischen und praktischen Blöcken werden Kompetenzen in den Themenfeldern Kontext Schweiz und Kanton Zürich, Pädagogik, Kommunikation und Arbeit mit bestimmten Zielgruppen sowie theologische Reflexionen in Bezug auf gegenwärtige Herausforderungen vermittelt. Der Weiterbildungslehrgang begann im ersten Quartal 2022.

Legislaturziel RRZ 3: Alle Menschen können an der Zivilgesellschaft partizipieren

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 3a Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Religionsgemeinschaften prüfen

Planmässig

J1

In Zusammenarbeit mit dem Dachverband der muslimischen Organisationen des Kantons Zürich (VIOZ) hat der Kanton unter anderem Projekte zum Aufbau einer muslimischen Seelsorge in staatlichen Institutionen, eine Weiterbildung für Imame sowie ein Projekt zur Stärkung des Dachverbands weitergeführt oder gestartet.

RRZ 3b Gemeinsame Schwerpunkte zwischen Staat und anerkannten Religionsgemeinschaften erarbeiten

Planmässig

J1

Die anerkannten Religionsgemeinschaften haben zusammen mit dem Kanton Legislatorschwerpunkte verabschiedet. Die Umsetzung erfolgt in drei gemischten Arbeitsgruppen, in denen das künftige Verhältnis zwischen Staat und Religion, die Rollen der anerkannten im Verhältnis zu den nicht anerkannten Religionsgemeinschaften und das heutige Verhältnis zwischen Staat und anerkannten Religionsgemeinschaften untersucht wird. Die Arbeitsgruppen erstatten den Spitzen der anerkannten Religionsgemeinschaften und der Direktion jährlich Werkstattberichte.

RRZ 3c Die Teilnahme aller Menschen am kulturellen Leben stärken

Planmässig

J1

Die Stärkung der Teilnahme aller Menschen am kulturellen Leben blieb aufgrund der Coronapandemie schwierig. Das Hauptaugenmerk lag im Berichtsjahr auf der möglichst flächendeckenden Aufrechterhaltung der Vielfalt des kulturellen Lebens. Zusätzlich wurden neue Angebote unterstützt. Auch im Berichtsjahr wurden Anerkennungspreise im Bereich kulturelle Teilhabe verliehen.

RRZ 3d Die Zürcher Sportvereine nachhaltig unterstützen und den Zugang zu Sportangeboten erleichtern, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einem sportfernen Umfeld

Planmässig

DS

Damit die Vereine ihre sportliche und gesellschaftliche Funktion auch nach der Coronapandemie wahrnehmen können, lag im Berichtsjahr der Fokus mit der «Soforthilfe Sport» auf der finanziellen Unterstützung von Sportvereinen und Sportverbänden.

Gesundheit

Zweites Pandemiejahr im Zeichen des Impfens

Nur rund zwei Wochen nach der Schweizer Zulassung des ersten Impfstoffs gegen das Coronavirus wurde am 4. Januar des Berichtsjahres im Kanton mit dem Impfen begonnen. Da die ganze Welt gleichzeitig nach Impfstoffen verlangte, überstieg die Nachfrage das Angebot zu Beginn um ein Vielfaches. Die Priorität lag zunächst auf der Impfung besonders gefährdeter Personen ab 75 Jahren und solcher mit bestimmten schweren Vorerkrankungen. Mitte des Berichtsjahres kehrte sich die Situation: Während der Impfstoff nun in ausreichender Menge verfügbar war, nahm die Nachfrage merklich ab. In der Öffentlichkeitsarbeit ging es deshalb vermehrt darum, die noch Unentschlossenen vom Nutzen der Impfung zu überzeugen. Dazu wurden verschiedene Aktionen und Kampagnen durchgeführt und neue Angebote, wie Pop-up-Impfzentren sowie ein Impftam und Impfbusse, lanciert.

Innert zwölf Monaten konnten im Kanton über 2,6 Mio. Impfdosen verabreicht werden. Damit wies Zürich Ende des Berichtsjahres schweizweit eine der höchsten Durchimpfungsraten auf. Möglich machte dies ein weites Netz an impfenden Institutionen und Organisationen: Impfzentren, Spitäler, Heime, Spitex-Dienste, Apotheken und Arztpraxen. Weiter zeigte die Pandemie auch Nachholbedarf bezüglich der Digitalisierung und des digitalen Informationsaustausches im Gesundheitsbereich auf. Gleich-

zeitig löste sie einen Innovationsschub aus. Innert kurzer Zeit wurden neue, leistungsfähige medizinische Datenerfassungs- und verarbeitungssysteme auf die Beine gestellt.

Spitalplanung 2023 und pandemiebedingte Mehrkosten in Spitälern

Mit dem Projekt «Spitalplanung 2023» werden die Zürcher Spitalisten überarbeitet und so die Weichen für die nächsten zehn Jahre in der Spitalversorgung gestellt (siehe RRZ 4a). Alle bisherigen Listenspitäler müssen sich um die Leistungsaufträge für die stationäre Versorgung in der Akutsomatik, der Psychiatrie und der Rehabilitation neu bewerben. Auch bisher nicht auf den Listen aufgeführte Spitäler haben im Rahmen der Spitalplanung die Möglichkeit, sich für einen Versorgungsauftrag zu bewerben. Anfang Juli des Berichtsjahres wurde das rund zehnwöchige Bewerbungsfenster für die Leistungserbringer geöffnet. Die Bewerbungen konnten bereits ausgewertet werden, der entsprechende Strukturbericht wurde im Frühjahr 2022 veröffentlicht.

Die Spitäler standen im Berichtsjahr wegen der Coronapandemie weiterhin unter starker Belastung – in personeller wie auch finanzieller Hinsicht. Der Kanton unterstützte sie mit mehreren Massnahmenpaketen zur Entschädigung der Zusatzkosten finanziell.

«Mir wird es einfach gemacht, mich und andere gegen Covid-19 zu schützen. Das Personal des Impfzentrums hat mich super betreut.»
Pascal Kerker



Legislaturziel RRZ 4: Die Steuerungsinstrumente für die Gesundheitsversorgung sind weiterentwickelt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 4a Mit der neuen Spitalplanung den stationären Bereich besser steuern, die Qualität erhöhen, Schnittstellen optimieren und die Kosteneffizienz unter anderem mittels neuer und weiterentwickelter Benchmarks weiter verstärken</p> <p>Im Berichtsjahr informierte der Kanton mit dem Versorgungsbericht über das methodische Vorgehen und die Ergebnisse der Konzeptphase der neuen Spitalplanung. Auf der Grundlage der publizierten Anforderungen an die Leistungserbringer auf den Zürcher Spitalisten wurde mit Unterstützung einer eigens für den Kanton entwickelten Online-Plattform das Bewerbungs- und Evaluationsverfahren durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im ersten Quartal 2022 im Strukturbericht publiziert.</p>	Planmässig	GD
<p>RRZ 4b Die ambulante Versorgung in der Psychiatrie gezielt fördern</p> <p>Beruhend auf den Erhebungen von 2020 zu bestehenden Versorgungsstrukturen und dem Potential für Verlagerungen vom stationären in den ambulanten Bereich wurden verschiedene Programme, wie sozialpsychiatrische Ambulatorien, Home Treatment, Konsiliardienste und Tageskliniken, gezielt gefördert. Darüber hinaus lag der Fokus im Berichtsjahr auf der Verringerung der Unterversorgung von Kindern und Jugendlichen in der Psychiatrie, die sich durch die Coronapandemie nochmals deutlich akzentuierte. Auch hier standen die Förderung der ambulanten Angebote mit Kapazitätserweiterungen bei den Ambulatorien und bei den interdisziplinären Konsiliardiensten sowie die Schaffung eines Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche im Vordergrund.</p>	Planmässig	GD
<p>RRZ 4c Die notwendigen Entscheidungsgrundlagen erarbeiten und die erforderlichen Daten erheben, um die vom Bund angestrebte Planung der ambulanten Versorgung auf kantonaler Ebene vorzubereiten</p> <p>Mit Art. 55a des Bundesgesetzes über die Krankenpflegeversicherung sowie der dazugehörigen Verordnung über die Festlegung der Höchstzahlen für Ärztinnen und Ärzte im ambulanten Bereich sind im Berichtsjahr die relevanten bundesrechtlichen Grundlagen in Kraft getreten. Diese sind von den Kantonen bis Mitte 2023 umzusetzen. Die Umsetzung der ambulanten Planung im Kanton ist im Gang. Im Berichtsjahr konnten erste Ergebnisse einer Bedarfsanalyse ausgewertet werden. Darüber hinaus wurden die Erfassung des Angebots ambulant tätiger Ärztinnen und Ärzte sowie die Erarbeitung einer Einführungsverordnung mit ihren Vollzugsregelungen angegangen.</p>	Planmässig	GD
<p>RRZ 4d Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln</p> <p>Aufgrund der ausserordentlichen Belastung des Kantons im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronapandemie musste die Revision des Gesundheitsgesetzes zurückgestellt werden. Sie wird voraussichtlich 2022 an die Hand genommen.</p>	Verzögert	GD
<p>RRZ 4e Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung steigern</p> <p>Das Programm Gesundheitskompetenz Zürich konnte im Berichtsjahr weiterentwickelt werden. Das Projekt «Selbstcheck Gesundheitskompetente Organisationen» wurde erfolgreich abgeschlossen. Es soll 2023 auf weitere Organisationen ausgeweitet werden. Darüber hinaus wurde der für den Arztbesuch entwickelte Leitfaden in der Praxis getestet und evaluiert. Auch hier ist eine Ausweitung vorgesehen. Mit dem neuen Projekt «serious game» soll schliesslich die Gesundheitskompetenz von Jugendlichen gefördert werden. Das in Entwicklung befindliche Spielkonzept soll sowohl im schulischen Kontext als auch in der Freizeit zur Anwendung kommen.</p>	Planmässig	GD

Gesellschaft und soziale Sicherheit

Mehr Teilhabe

Mit verschiedensten Projekten förderte der Kanton im Berichtsjahr die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben (siehe RRZ 5f). Im Rahmen sogenannter Speed Datings trat die Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte mit der Regierungspräsidentin, Regierungsräten und mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Behörden in Dialog und brachte konkrete politische Ideen und Wünsche ein. Ziel war es, unsichtbare Hürden abzubauen und den direkten Austausch mit der Bevölkerung und den Gemeinden zu fördern.

Um Kandidaturen von Frauen bei den Zürcher Kommunalwahlen zu stärken, wurde das Projekt «Züri-Löwinnen» durchgeführt. In zehn digitalen Stammtischen tauschten sich rund 80 politikinteressierte Frauen, insbesondere solche, die sich eine Kandidatur bei Kommunalwahlen vorstellen können, mit erfahrenen Politikerinnen aus. Abgerundet wurde das Projekt mit einem Vernetzungsanlass, an dem Kontakte geknüpft und die Welt der Politik kennengelernt werden konnte. Um Partizipationsformen in der Gesellschaft verstärkt zu verankern, fand im November des Berichtsjahres ein Partizipationstag statt, an dem Fachpersonen befähigt und motiviert wurden, neue Instrumente des Einbezugs und der Kooperation zu nutzen.

Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung

Für Menschen mit Behinderung sind Selbstbestimmung und Wahlfreiheit wichtig, insbesondere wenn es um die Lebensbereiche Wohnen, Tagesgestaltung oder Arbeiten geht. Mit dem Ende März des Berichtsjahres zuhanden des Kantonsrates verabschiedeten Selbstbestimmungsgesetz wird die Voraussetzung geschaffen, Menschen mit Behinderung ihrem individuellen Bedarf entsprechend direkt zu unterstützen. Neu soll zusammen mit einer Abklärungsstelle ihr individueller Bedarf an Begleitung und Betreuung ermittelt werden. Sie erhalten dann eine entsprechende Leistungsgutschrift. So können Menschen mit Behinderung beispielsweise wählen, in der eigenen Wohnung betreut zu werden. Das war bisher nicht oder nur unter sehr erschwerten Bedingungen möglich und schränkte die Betroffenen in ihrer Lebensgestaltung stark ein.

Im November des Berichtsjahres beantragte die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit dem Kantonsrat einstimmig, das Selbstbestimmungsgesetz zu erlassen. Der Vorschlag des Regierungsrates wurde ergänzt, sodass die Leistungserbringung nicht nur durch Institutionen, sondern auch durch Privatpersonen ermöglicht wird.

«Ich bin froh um den kantonal mitfinanzierten Arbeitseinsatz im Rahmen des Fördersystems für Geflüchtete. So habe ich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.»

Asgar Hassani

Verstärkte Integrationspolitik

Im Kanton leben Menschen aus 180 Ländern. Diese Vielfalt trägt zur Attraktivität des hiesigen Wirtschafts- und Lebensraums bei. Dabei leistet die Integrationsarbeit einen entscheidenden Beitrag zum toleranten und respektvollen Zusammenleben.

Nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten konnte das neue Fördersystem für Geflüchtete planmässig Anfang des Berichtsjahres eingeführt werden (siehe RRZ 5d). Mit den darin festgelegten Massnahmen sollen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene besser auf die Schule, die Berufsbildung und die

Arbeitswelt vorbereitet werden. Freiwillige begleiten in einem Tandemprogramm geflüchtete Personen möglichst bald nach ihrer Ankunft im Alltag. Im Verlauf des Berichtsjahres wurden inhaltliche Lücken in den Integrationsangeboten für Gemeinden geschlossen, ihnen stehen nun rund 200 individuelle Förderungsangebote für Geflüchtete zur Verfügung (siehe RRZ 5c). Weiter wurde im Mai des Berichtsjahres vom Regierungsrat die Strategie für das Kantonale Integrationsprogramm 2022–2023 verabschiedet. Um die innerkantonale Koordination der Integrationsförderung zu stärken, wurde ein strategisches Steuerungsgremium eingesetzt.

Legislativziel RRZ 5: Alle Bevölkerungsgruppen sind in eine vielfältiger werdende Gesellschaft eingebunden

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 5a Einen Aktionsplan für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention erarbeiten</p> <p>Die Vernehmlassung des Entwurfs eines Aktionsplans konnte kantonsintern abgeschlossen werden. Die Stellungnahmen wurden ausgewertet.</p>	Planmässig	DS
<p>RRZ 5b Der Diskriminierung entgegenwirken</p> <p>Für den Betrieb eines Beratungsangebots für von rassistischer Diskriminierung betroffene Personen sowie für Institutionen mit Fragen zum Thema Diskriminierungsschutz wurde ein Auftrag öffentlich ausgeschrieben. Die Asyl-Organisation Zürich, welche die Anlaufstelle 2019 bis 2021 führte, hat den Auftrag erhalten und kann die Zürcher Anlaufstelle Rassismus (ZÜRAS) weiterführen. Mit verschiedenen Massnahmen soll das Angebot besser bekannt und für die Betroffenen noch einfacher zugänglich werden. Ausserdem wurden verschiedene öffentlichkeitswirksame Projekte und Sensibilisierungsveranstaltungen zu den Themen Migration, Integration, gesellschaftliche Vielfalt, Diskriminierungsschutz und Anti-Rassismus gefördert.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5c Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der spezifischen Integrationsförderung weiterentwickeln</p> <p>Um die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Rahmen des neuen Fördersystems für Geflüchtete zu festigen, baute der Kanton den Dialog mit neuen Anspruchsgruppen auf und richtete zielgruppenspezifische Kommunikationskanäle ein. Die bewährte Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich des Integrationsförderkredits des Bundes für die allgemeine Migrationsbevölkerung wurde weitergeführt. Die Vernetzungs- und Austauschtreffen mit den kommunalen Integrationsdelegierten fanden aufgrund der Coronapandemie online statt. Mit der in sechs Sprachen publizierten Broschüre «Willkommen im Kanton Zürich» mit Informationen für Neuzugezogene unterstützt der Kanton die Informationsarbeit der Gemeinden.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5d Die spezifische Integrationsförderung für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge im Rahmen der Integrationsagenda umsetzen und weiterentwickeln</p> <p>Um den Zugang zu Angeboten der frühen Förderung für geflüchtete Familien mit Kindern im Vorschulalter zu verbessern, wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägerschaften aus den Regelstrukturen Angebote aufgebaut. Zudem wurde mit der Umsetzung eines Tandemprogramms für neuankommende geflüchtete Personen begonnen. Weiter wurden konzeptionelle Vorarbeiten für eine bessere gesellschaftliche und berufliche Integration von psychisch belastenden Geflüchteten geleistet.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5e Die politische Beteiligung stärken</p> <p>Im Rahmen des 2020 beschlossenen Teilhabeprogramms wurden im Berichtsjahr mehrere Projekte begonnen oder weitergeführt. In Zusammenarbeit mit der Universität Zürich hat der Kanton eine Studie der politischen Partizipation der Jugend durchgeführt und publiziert. Ein Projekt zur Stärkung der politischen Beteiligung von jungen Menschen wurde initialisiert. Die Aktion «Züri-Löwinnen» in Zusammenarbeit mit der Frauenzentrale motivierte Frauen zu Kandidaturen in den kommunalen Wahlen 2022. Schliesslich wurde ein Pilotprojekt zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene initialisiert. Dazu fand in Uster ein deliberatives Bürgerpanel zum Klimaschutz statt. In Winterthur und Thalwil sind 2022 Bürgerpanels geplant.</p>	Planmässig	Jl
<p>RRZ 5f Die Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft in bestehenden und neuen Formen stärken</p> <p>Ein Projekt zur Vernetzung und Stärkung der Teilhabearbeit im Kanton wird zurzeit umgesetzt. Weitere Veranstaltungen und Schulungen sind darauf ausgerichtet, möglichst breite Bevölkerungsgruppen anzusprechen, um sie auf ihre Gleichstellungsrechte aufmerksam zu machen. So sollen sie für die Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben gewonnen werden. Das «Handwerk-Netzwerk» soll Arbeitgebende wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben stärken, indem es Vernetzung und Dialog ermöglicht.</p>	Planmässig	Jl

Verkehr

Umfahrungsprojekte Grüningen und Neeracherried

Das historische «Stedtli» in Grüningen soll vom Durchgangsverkehr entlastet und die Staatsstrassen sollen aus dem Neeracherried verlegt werden (RRZ 6b). Das Umfahrungsprojekt Grüningen löst Probleme, welche die Bevölkerung seit vielen Jahren beschäftigen: Durch den national geschützten mittelalterlichen Ortskern fahren jeden Tag rund 5000 Fahrzeuge, obwohl die räumlichen Gegebenheiten dafür nicht ausgelegt sind. Für den Fuss- und Veloverkehr stehen praktisch keine gesicherten Strassenräume zur Verfügung. Dazu führt der motorisierte Verkehr zu hohen Lärm- und Schadstoffimmissionen, und auch die Bausubstanz wird angegriffen. Mit dem 2018 vorgestellten Lösungsansatz kann das «Stedtli» zur autofreien Fussgängerzone mit Anliegerverkehr umgestaltet werden (siehe RRZ 6e).

Das Neeracherried ist als eines der letzten grossen Flachmoore der Schweiz ein Natur- und Landschaftsschutzgebiet von nationaler Bedeutung. Gegenwärtig wird es von zwei Staatsstrassen durchquert, die den Verkehrsanforderungen jedoch nicht mehr genügen. Statt der anstehenden Grunderneuerung sieht der Kanton zum Schutz des Neeracherrieds die Verlegung der Strassen aus dem Moorgebiet sowie einen Rückbau aller Strassen im Bereich des Neeracherrieds vor.

Im Rahmen der Vorprojekte werden die beiden Vorhaben weiter konkretisiert, die Bewilligungsfähigkeiten vertieft abgeklärt und die Kostenschätzungen differenziert.

Strategie für nachhaltige und digitale Mobilität

Von E-Bikes bis zu Sharing-Modellen: Neue Trends und Angebote verändern unsere Mobilität. Im Juni des Berichtsjahres verabschiedete der Regierungsrat die Strategie «Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich» (DiNaMo). Sie

liefert Antworten, wie sich die Mobilität weiterentwickelt und zeigt mit einem Handlungsprogramm, welche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden sollten (siehe RRZ 6). Daraus leitet sich eine breite Massnahmenpalette ab. Um den CO₂-armen Strassenverkehr zu fördern, ist zum Beispiel ein befristetes Förderprogramm für Elektro-Ladestationen geplant. Auch nutzungabhängige Preissysteme und die Weiterentwicklung multimodaler Mobilitätsangebote werden geprüft. Unabhängig von der Strategie DiNaMo setzt der Kanton bereits jetzt zukunftsfähige Mobilitätslösungen um. So beantragte der Regierungsrat im Dezember des Berichtsjahres zum Beispiel einen Staatsbeitrag für die Elektrifizierung zweier Buslinien in Winterthur. Ab 2040 soll der Busbetrieb im gesamten Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) keine Treibhausgasemissionen mehr verursachen.

Öffentlicher Verkehr leidet unter Coronapandemie

Auch im zweiten Pandemiejahr wurde der öffentliche Verkehr hart getroffen. Die Fahrgastzahlen haben sich zwischen den einzelnen Pandemiewellen relativ schnell erholt, was zuversichtlich stimmt. Über das ganze Jahr gesehen lagen die Zahlen jedoch weiterhin deutlich tiefer als vor der Coronakrise. Dies wirkte sich auf die Einnahmen und das Defizit des ZVV aus – die Kostenunterdeckung lag im Berichtsjahr höher als vor der Krise angenommen. Nach dem Abflauen der Pandemie wird von einer raschen Erholung der Fahrgastzahlen auf rund 90 Prozent der Werte vor der Pandemie ausgegangen. Der verbleibende Prozentsatz dürfte aufgrund veränderter Mobilitätsgewohnheiten noch nicht in den öffentlichen Verkehr zurückkehren. Ab 2025 dürften voraussichtlich wieder mehr Leute mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sein als vor der Pandemie.

«Das dichte Bahn-, Bus-, Tram- und Schiffsnetz im Kanton bringt mich schnell ans Ziel und schont dabei die Umwelt.»

Hortenzia Dundjerski



Legislativziel RRZ 6: Die steigende Nachfrage nach Mobilität bewältigen

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 6a Den in den regionalen Richtplänen verankerten Velonetzplan mit speziellem Fokus auf die urbanen Räume und einem effizienten Mitteleinsatz umsetzen</p> <p>In Wallisellen ist eine Veloschnellroute und in Dietlikon eine Velohauptverbindung geplant, welche mit dem SBB-Grossprojekt «MehrSpur Zürich-Winterthur» umgesetzt werden. Der Kantonsrat hat dazu den Kredit gesprochen. Weiter wird zusammen mit der «Glattalbahn-Verlängerung Zürich Flughafen, Richtung Bassersdorf» die Velohauptverbindung vom Flughafen durch Kloten geplant. Seit September des Berichtsjahres werden in einer neuen Richtlinie Velostandards definiert, um den Velonetzplan mit den drei Hierarchietypen Neben-, Hauptverbindungen und Veloschnellrouten umzusetzen. Um die Situation an verkehrsintensiven Kreuzungen für Velofahrende zu verbessern, werden in einer kantonsinternen Arbeitsgruppe Standards für Knoten erarbeitet.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 6b Zentrale Infrastrukturprojekte wie Rosengartentram und -tunnel, Ortsumfahrungen und -durchfahrten oder Projekte des Güterverkehrs vorantreiben</p> <p>Infolge der Volksabstimmung vom Februar 2020 sind Rosengartentram und -tunnel kein Bestandteil dieser Massnahme mehr. Im Rahmen der Umfahrungsprojekte Grüningen und Neeracherried wurden Vorprojekte eingeleitet. Nach dem Brückenwettbewerb zur Rheinquerung wurden die planerischen Grundlagen für die Gesamtumfahrung Eglisau erarbeitet und der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission zur Begutachtung übergeben.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 6c Eine Plattform «Dialog Mobilität der Zukunft» etablieren</p> <p>Das Projekt wurde im neuen Amt für Mobilität wieder aufgenommen. Mit der Strategie und dem Handlungsprogramm «Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich» (DiNaMo) hat der Regierungsrat im Berichtsjahr die fachliche Grundlage beschlossen. Die Plattform soll auf dieser Grundlage ab 2022 umgesetzt werden.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 6d Schlüsselprojekte des öffentlichen Verkehrs wie Brüttener Tunnel und Bahnhof Stadelhofen durch erfolgreiches Lobbying beim Bund unterstützen</p> <p>Die Projekte Brüttener Tunnel und Bahnhof Stadelhofen wurden im STEP-Ausbaustritt 2035 des Bundes erfolgreich aufgenommen.</p>	Abgeschlossen	VD
<p>RRZ 6e Siedlungsverträglichkeit der Staatsstrassen in Ortszentren verbessern mit Fokus auf Geschwindigkeit, Trennwirkung, Sicherheit, Velo- und Fussverkehr sowie Aufenthaltsqualität</p> <p>Im Rahmen von Betriebs- und Gestaltungskonzepten konnten für einige Ortsdurchfahrten wichtige Festlegungen in Bezug auf eine verbesserte Siedlungsverträglichkeit getroffen werden, so zum Beispiel für die Ortsdurchfahrten in Gossau, Schwerzenbach, Riedikon/Uster, Embrach, Regensdorf, Aesch und Flaach. Standardmässig wurden Herabsetzungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zum Lärmschutz und zur Steigerung der Verkehrssicherheit sowie Massnahmen zur Verbesserung für den Velo- und Fussverkehr, zur Verminderung der Trennwirkung und zur Steigerung der Aufenthaltsqualität geprüft.</p>	Planmässig	BD

Umwelt und Raumordnung

Massnahmen zum Klimaschutz

Steigende Temperaturen und eine Häufung aussergewöhnlicher Wetterereignisse sind in Europa Realität. Der Kanton reagiert auf den Klimawandel mit einer Doppelstrategie. Einerseits werden Massnahmen zum Klimaschutz, also der Senkung der Treibhausgasemissionen, getroffen. Im Berichtsjahr beschloss der Regierungsrat Anpassungen an den Vorgaben für kantonale Bauten. Neubauten werden gemäss Minergie-(P/A)-ECO-Standard und ab einem Volumen von 20 Mio. Franken zusätzlich gemäss Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz geplant. Weiter werden Photovoltaikanlagen nicht nur auf Neubauten, sondern vermehrt auch auf bestehenden Liegenschaften installiert. Zur langfristigen Elektrifizierung der kantonalen Fahrzeugflotte wurden im Berichtsjahr 30 Ladestationen in Betrieb genommen.

Neben dem Klimaschutz werden aber andererseits auch Anpassungen zur Vermeidung oder Verringerung negativer Klimafolgen vorgenommen. Im Bereich der Sturmvorsorge im Wald, dem Wassermanagement für Landwirtschaftsflächen und der Hitze-minderung in Siedlungsgebieten wurden im Berichtsjahr entsprechende Projekte vorangetrieben.

Anpassung Energiegesetz

Im Kanton sind rund 120000 Öl- und Gasheizungen in Betrieb, sie verursachen rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen. Im November des Berichtsjahres sprach sich die Zürcher Bevölkerung deutlich für die Anpassung des Energiegesetzes aus. Gemäss dieser soll bei neuen Bauten die Wärmeversorgung CO₂-frei sein und ein Teil des benötigten Stroms selbst produziert werden. Bei bestehenden Bauten werden die Öl- und Gasheizungen nach und nach durch klimaneutrale Wärmeerzeuger wie Wärmepumpen ersetzt. Förderbeiträge erleichtern den Umstieg. Bereits im Juli verabschiedete der Regierungsrat die zugehörigen, der Genehmigung des Kantonsrates unterstehenden Ausführungsbestimmungen. Das neue Energiegesetz zeigt bereits Wirkung: 2340 Bewilligungen für Erdsonden wurden im Berichtsjahr erteilt, dies stellt eine Verdoppelung gegenüber 2019 dar.

Naturschutz stärken

Die kantonale Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur (Natur-Initiative)» fordert eine Erhöhung der Einlagen in den Natur- und Heimatschutzfonds um den Zustand der Biodiversität im Kanton zu verbessern. Der Regierungsrat teilt das Anliegen (siehe RRZ 7c) der Initiantinnen und Initianten und stellte dazu 2020 einen Gegenvorschlag auf, der die politische Akzeptanz und die Umsetzbarkeit verbessern soll. Der Kantonsrat beschloss den Gegenvorschlag wobei er die anzustrebende Mindesteinlage in den Natur- und Heimatschutzfonds und den jährlichen Anstieg bis zum Erreichen des Plafonds erhöhte. Im Berichtsjahr bewilligte der Regierungsrat die entsprechenden personellen Mittel, und die Umsetzung der Initiative wurde in Angriff genommen.

Um künftige Massnahmen zum Schutz der Natur auf eine solide Grundlage zu stellen, ist bis 2025 die Erarbeitung einer kantonalen Biodiversitätsstrategie geplant. Mit den Vorbereitungsarbeiten dazu wurde im Berichtsjahr begonnen.

«Wir haben es warm – ganz ohne fossile Brennstoffe. Der Kanton hat meine Familie beim Einbau unserer neuen Wärmepumpe unterstützt.»

Franziska Drossaart



Legislativziel RRZ 7: Die Belastung von Raum, Umwelt und Infrastruktur reduzieren, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Auswirkungen des Wachstums von Bevölkerung und Mobilität bewältigen

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 7a Eine langfristige Klimastrategie und ein Vorgehen zur Dekarbonisierung definieren</p> <p>Die langfristige Klimastrategie wurde so weit vorangetrieben, dass sie 2022 zur Festsetzung bereit ist. Anschliessend ist die Verankerung des Klimaziels in der Teilrevision des Energiegesetzes vorgesehen.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7b Die Massnahmenpläne «Verminderung der Treibhausgase» und «Anpassung an den Klimawandel» überprüfen und aktualisieren</p> <p>Mit den Arbeiten wird nach Vorliegen der Klimastrategie 2022 begonnen.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7c Massnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Biodiversität verstärken</p> <p>Das Projekt «Zielorientierte Biodiversitätsförderung» läuft planmässig. Die Arbeiten gemäss dem Naturschutz-Gesamtkonzept wurden ebenfalls planmässig fortgeführt – eine Zwischenbilanz für das Berichtsjahr liegt vor. Auch die Arbeiten an der kantonalen Biodiversitätsstrategie schreiten voran.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7d Geeignete Instrumente entwickeln, um Wohnen, Erholung und Arbeit näher zusammenzubringen</p> <p>Die Massnahme fand grössere Beachtung in den Planungsinstrumenten, insbesondere in den regionalen Richtplänen. Übergeordnet wird das Zusammenbringen von Wohnen, Erholung und Arbeit über das Raumordnungskonzept des kantonalen Richtplans angestrebt. Das Ziel «kurzer Wege» war regelmässig Thema im Dialog mit den Gemeinden und der Bevölkerung.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7e Die Siedlungsentwicklung im Umfeld der leistungsfähigen Haltepunkte des öffentlichen Verkehrs verstärken sowie die Siedlungsentwicklung nach innen ermöglichen</p> <p>Die Massnahme wurde in der Richt- und Nutzungsplanung konsequent umgesetzt, insbesondere in Zentrumsgebieten gemäss kantonalem Richtplan.</p>	Planmässig	BD
<p>RRZ 7f Regionale Gesamtverkehrskonzepte in Gebieten mit hohem Abstimmungsbedarf Siedlung und Verkehr erarbeiten und deren Umsetzung vorantreiben</p> <p>Die Erarbeitung des regionalen Gesamtverkehrskonzepts (rGVK) Unterland plus ist weitgehend abgeschlossen. Der Schlussbericht wurde allen beteiligten Stellen und den betroffenen Gemeinden vor Ende des Berichtsjahres in die Vernehmlassung gegeben. Die Erarbeitung des rGVK Pfannenstil wurde im Berichtsjahr in Angriff genommen. Für das rGVK Weinland wurde in Zusammenarbeit mit der Planungsregion und weiteren Partnern das Pflichtenheft erarbeitet.</p>	Planmässig	VD

Volkswirtschaft

Wirtschaftlicher Überblick

Die Zürcher Wirtschaft ist im schweizweiten Vergleich stark international ausgerichtet und stand auch im zweiten Pandemiejahr vor grossen Herausforderungen. Besonders die Tourismusbranche und weitere damit zusammenhängende Wirtschaftszweige verzeichneten spürbare Einbussen. Die Kurzarbeit stellte in der ersten Hälfte des Berichtsjahres weiterhin für Tausende von Unternehmen eine wichtige Unterstützung dar. Im Spitzenmonat Februar nahm die Arbeitslosenkasse Entschädigungszahlungen an nahezu 12 000 Unternehmen vor, was knapp der Hälfte der monatlichen Auszahlungen im Frühling 2020 entsprach. Die Nachfrage nach Kurzarbeitsentschädigung nahm ab dem Sommer des Berichtsjahres deutlich ab, übertraf den Bedarf von vor der Pandemie aber markant. Auch die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren leisteten trotz zeitweisen Einschränkungen aufgrund von Schutzmassnahmen intensive Beratungsarbeit.

Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt erholten sich ab dem Frühjahr überraschend gut. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Berichtsjahr 2,9 Prozent und fiel 0,2 Prozent tiefer aus als 2020. Zum Jahresende erreichte sie mit 2,4 Prozent schon beinahe das Vorkrisenniveau.

Schub für den Innovationspark Zürich

Das Flugplatzareal in Dübendorf soll in den nächsten Jahren nachhaltig und ganzheitlich zu einem lebendigen Stadtquartier entwickelt werden. Einerseits wird es für die Bevölkerung er-

schlossen, andererseits wird der Innovationspark Zürich zu einem Forschungsstandort mit internationaler Ausstrahlung ausgebaut (siehe RRZ 8b). Im Sommer des Berichtsjahres präsentierte eine Taskforce im Auftrag des Regierungsrates ihren Synthesebericht zum Flugplatz Dübendorf, der die Grundlage der Gebietsentwicklung bildet. Im Bericht wird eine Gesamtbetrachtung des Flugplatzareals vorgenommen mit einer Vision, Leitsätzen zur nachhaltigen Entwicklung und einem gemeinsamen Zielbild sowie Handlungsanweisungen und einer Umsetzungsagenda. Im Dezember hiess das Bundesgericht die Beschwerde des Kantons und seiner Projektpartner zum kantonalen Gestaltungsplan des Innovationsparks gut und folgte damit dem ursprünglichen Vorgehen des Kantons. Der Entscheid schafft verbindliches Planungsrecht für das Generationenprojekt.

Internetendung .zuerich positioniert Marke Zürich

Seit Herbst des Berichtsjahres steht im Kanton angesiedelten privatrechtlichen Unternehmen und Organisationen des öffentlichen Rechts die Domain .zuerich zur Verfügung. Die vom Kanton lancierte Internetendung soll den hiesigen Wirtschaftsraum im internationalen Standortwettbewerb noch stärker positionieren. Zürcher Marken, Produkte, Dienstleistungen, Läden, Museen, Veranstaltungen und Kampagnen profitieren so vom hervorragenden Ruf der Marke Zürich. Der Kanton gewährleistet als Registerbetreiber die Qualität und Sicherheit der Domain. Bis Ende des Berichtsjahres wurden bereits rund 1200 dieser Internetendungen vergeben.

«Unsere Arbeitssituation war während der Coronapandemie schwierig. Mit der Kurzarbeit konnten unsere Arbeitsplätze erhalten werden – das gab uns Sicherheit.»

Wade MBagnick, Isabel Lopes und Ralph Vögeli



Legislaturziel RRZ 8: Die Rahmenbedingungen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Kontext der Digitalisierung sind zeitgemäss

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 8a Das Angebot an digitalen Arbeitsmarktlichen Massnahmen auf- und ausbauen</p> <p>Neu wurden Kooperationen mit Google und Microsoft zur kostenlosen Nutzung der Programme und Formate «Google Atelier Digital», «Google Summer Academy», «Google Career Certificates», «Skills for Switzerland» und «Microsoft Learn» durch Stellensuchende vereinbart.</p> <p>Bei den arbeitsmarktlichen Massnahmen kann der European-Computer-Driving-Licence-Kurs der Migros Klubschule neu mittels E-Learning-Elementen angeboten werden, bei den Strategiekursen wurde dieses Format professionalisiert. In Zusammenarbeit mit der KV Business School Zürich wird neu die SkillBox mit E-Learning-Elementen als arbeitsmarktliche Massnahme angeboten. Mit der Schule EB Zürich wurde der bestehende PC-Vorkurs um das Thema Digitale Medien erweitert, um Stellensuchende im Umgang mit digitalen Lernplattformen zu befähigen.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 8b Den Innovationspark zur Förderung einer breit diversifizierten Wirtschaft unterstützen</p> <p>Die Zusammenarbeit mit dem Innovationspark hat sich etabliert und wird aktiv gelebt. Das Synergiepotenzial wird bei Ansiedlungsgeschäften, Anlässen und Projekten genutzt. Trotz coronabedingter Einschränkungen konnten im Innovationspark verschiedene Anlässe durchgeführt werden. Der Kanton war zudem bei der Erarbeitung des Syntheseberichts zur Gebietsentwicklung Flugplatz Dübendorf massgeblich beteiligt.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 8c Schlüsselunternehmen erhalten und die Massnahmen mit Indikatoren fortlaufend bewerten</p> <p>Die bewährten Formate zur Pflege von Schlüsselunternehmen wie der Standortdialog und Firmenbesuche konnten trotz erschwelter Bedingungen stattfinden. Ein wichtiger Pfeiler bei der Bestandpflege bildet auch die Zusammenarbeit mit den regionalen Standortförderungen, die intensiviert wurde.</p>	Planmässig	VD
<p>RRZ 8d Die volkswirtschaftlich bedeutsamen technologischen und digitalen Entwicklungen mittels Horizon Scanning frühzeitig erkennen, evaluieren und mit den Beteiligten diskutieren</p> <p>Die Massnahme des Horizon Scanning wird in dieser Form nicht weiterverfolgt. Weiterhin ein Thema im angepassten Rahmen ist die Identifikation von Trends und die damit verbundenen zukünftigen Herausforderungen, unter anderem als Teil der Strategie zur Standortentwicklung.</p>	Verzicht	VD

Finanzen und Steuern

Stabilisierung dank Härtefallprogramm

Das bereits Ende 2020 aufgebaute Covid-19-Härtefallprogramm entfaltete im Berichtsjahr seine volle Wirkung und war entscheidend bei der Stabilisierung der Zürcher Wirtschaft. Vom Programm profitieren im Kanton ansässige Unternehmen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit von den behördlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie besonders betroffen waren. Die finanzielle Unterstützung erfolgte in Form von Darlehen oder nicht rückzahlbaren Beiträgen.

Bereits während der Erarbeitung der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen wurde der Vollzug auf kantonaler Ebene, unter Einbezug des Kantonsrates, vorbereitet. Es galt Abwicklungsprozesse mit Antragsformularen, Selbstdeklarationen, Belegen, Prüfungen, Rückfrageprozessen, Auszahlungsgenehmigungen und einem Reporting zu definieren. Als leistungsstärkster Wirtschaftskanton war in Zürich schweizweit mit den höchsten Gesuchzahlen zu rechnen. Um diese abzuwickeln und die Bearbeitungsdauer möglichst kurz zu halten, wurden grosse Teile des Härtefallprozesses digitalisiert.

Die rechtlichen Grundlagen des Bundes wurden laufend an die Pandemieentwicklung und die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst und ergänzt. Im Kanton galt es, die sich ändernden Anspruchsvoraussetzungen der insgesamt fünf Zuteilungsrunden nahtlos zu gewährleisten. Im Herbst des Berichtsjahres wurde der kantonale Anteil an der sogenannten Bundesratsreserve an vier grosse, schweizweit tätige Gastronomieunternehmen aufgeteilt. Zur Verwendung dieser Zusatzbeiträge des Bundes wurde vom Kantonsrat ein Spezialgesetz verabschiedet. Es erlaubte, von den bis dahin geltenden Höchstgrenzen abzuweichen. Bis Ende des Berichtsjahres wurden im Rahmen des Covid-19-Härtefallprogramms rund 9100 Gesuche der ersten vier Zuteilungsrunden bearbeitet und davon rund 7000 bewilligt. Die ausbezahlten Beträge belaufen sich auf 1351 Mio. Franken, wovon 1178 Mio. Franken nicht rückzahlbare Beiträge und rund 173 Mio. Franken Darlehen sind.

«Reisen ist in der Pandemie nur beschränkt möglich, das trifft uns schwer. Dank dem Härtefallprogramm können wir unser Unternehmen trotzdem sicher in die Zukunft führen.»

Beatrix Sigrist, Willi Sigrist und Monika Korrodi

Legislaturziel RRZ 9: Das Ressourcenpotenzial des Kantons ist gestärkt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 9a Die interkantonale Leistungsabteilung im nächsten Wirksamkeitsbericht zum nationalen Finanzausgleich diskutieren und neue Lösungen vorschlagen</p> <p>Die direktionsübergreifende Arbeitsgruppe interkantonale Leistungsabteilung hat im Berichtsjahr zweimal getagt und insbesondere die Stellungnahme zur Umfrage der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vorbereitet (RRB Nr. 654/2021). Die Kantone haben an der KdK-Plenarversammlung vom 17. Dezember des Berichtsjahres beschlossen, eine externe Studie in Auftrag zu geben, um all-fällige Optimierungen vorzubereiten. Hauptthemen sind Fragen zur Höhe der Abgeltung, Stand der Umsetzung von Kosten- und Leistungsrechnungen sowie Mitsprache- und Mitwirkungsrechte.</p>	Planmässig	FD
<p>RRZ 9b Die Unternehmenssteuerreform (SV17) vollständig umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten und das Steuersubstrat sichern</p> <p>Die mit Vorlage 5495 vom 1. April 2019 in Aussicht gestellte weitere Senkung des einfachen Gewinnsteuersatzes auf 6 Prozent wird in der laufenden Legislatur vorerst nicht weiterverfolgt. Dieser Schritt erfolgt aufgrund der anstehenden Herausforderungen wie zum Beispiel der finanziellen Folgen der Coronapandemie, der Umsetzung der Vorgaben der OECD zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft und der globalen Mindeststeuer.</p>	Verzögert	FD
<p>RRZ 9c Unter Berücksichtigung des finanziellen Spielraums sinnvolle und wirksame Massnahmen zum Erhalt des Steuersubstrats der natürlichen Personen ermitteln und gegebenenfalls Steuergesetzrevision vorlegen</p> <p>Mit der Änderung des Steuergesetzes vom 14. Dezember 2020 betreffend die Reduktion der Besteuerung von Kapitalleistungen aus Vorsorge wurde diese Besteuerung an die heutigen Gegebenheiten angepasst. Die auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzte Senkung des Vorsorgetarifs verbessert die Position des Kantons Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen. Zudem wurde ein Gutachten zur Vermögensbesteuerung in Auftrag gegeben. Laut Gutachten würden Senkungen bei der Vermögenssteuer auch in einer dynamischen Betrachtung zu Mindereinnahmen führen. Der Regierungsrat hat deshalb dem Kantonsrat beantragt, die parlamentarische Initiative KR-Nr. 339/2017 betreffend Reduktion der Vermögenssteuersätze abzulehnen. Mit Beschluss vom 15. November des Berichtsjahres ist der Kantonsrat diesem Antrag gefolgt.</p>	Abgeschlossen	FD
<p>RRZ 9d Die Diversität der Wirtschaft stärken und aufrechterhalten, um die Gefahr von Branchenabhängigkeit zu vermeiden</p> <p>Die zwei Themen «Autonome Systeme» und «Künstliche Intelligenz» wurden verstärkt adressiert, mit dem Ziel, Innovationen zu fördern und Chancen neuer Technologien aufzuzeigen. Anlässlich des Standortdialogs im November des Berichtsjahres wurde der Frage «Wie arbeiten wir morgen?» nachgegangen. Im Dezember hat der Regierungsrat die Studie zur Stärkung des Stiftungsstandorts Zürich zur Kenntnis genommen. Die Stärkung und weitere Vernetzung in den Schlüsselbranchen Finance, ICT, Life Sciences und Cleantech wurde mit gezielten Aktivitäten wie dem Financial Roundtable, der Konferenz «Gemeinsam für Zürich», dem Industrie-Dialog, dem Swiss Green Economy Symposium und den Lifefair-Foren sowie den Informatiktagen verfolgt. Auch das Start-up-Geschehen wurde begleitet und unterstützt.</p>	Planmässig	VD

Allgemeine Verwaltung

Digitalisierung und Gewährleistung der Barrierefreiheit

Die Digitalisierung der Verwaltung schritt im Berichtsjahr ungebremst voran. Gerade die Coronapandemie zeigte den Nutzen digitaler Lösungen auf, erhöhte aber auch den Druck, solche zu erstellen. Um den Service public im Kanton rasch und durchgehend zu digitalisieren und besser auf die Bedürfnisse der Nutzenden abzustimmen, unterzeichnete der Regierungsrat im September des Berichtsjahres die neue Zusammenarbeitsvereinbarung «egovpartner». Bevölkerung und Wirtschaft erwarten von den Verwaltungen voll-digitale Angebote und Dienstleistungen – unabhängig davon mit welcher Gemeinde, Stadt oder kantonalen Stelle sie zu tun haben (siehe RRZ 10d). Zudem sollen die digitale Transformation der kantonalen Verwaltung vorangetrieben und die Abläufe innerhalb der Verwaltungen und zwischen den Verwaltungen auf dem ganzen Kantonsgebiet auf «digital only» umgestellt werden.

Mit der Digitalisierung einher geht die Chance, Dienstleistungen und Inhalte vermehrt barrierefrei bereitzustellen. Im Berichtsjahr wurden erstmals Videos zu Abstimmungsvorlagen in Gebärdensprache übersetzt und die Medienkonferenz zur Abstimmung über das Energiegesetz live in Gebärdensprache zugänglich gemacht. Weiter erarbeitete der Kanton eine «Erklärung zur Barrierefreiheit» und führte Vorarbeiten zur verbesserten Zugänglichkeit des kantonalen Internetauftritts durch.

Personalstrategie bringt Modernisierung der HR-Strukturen

Mit der Personalstrategie 2019–2023 werden die kantonsinternen HR-Strukturen in einem neuen Geschäftsmodell überarbeitet, die Anstellungsbedingungen angepasst und in das Arbeitgebermarketing investiert (siehe RRZ 10e). Das Ziel ist die Modernisierung der HR-Arbeit und die Positionierung des Kantons als attraktiver Arbeitgeber.

Im Sommer des Berichtsjahres wurden im Rahmen des HR-Geschäftsmodells die entsprechenden Sollprozesse ausgearbeitet. Insgesamt 60 Teilprozesse sollen über die Direktionen hinweg harmonisiert und standardisiert werden. Auch die Anforderungen an eine HR-Informatiklösung sind ausgearbeitet. Im September begannen die Planungsarbeiten für die Detailkonzeptphase.

Im Handlungsfeld Arbeitgebermarketing genehmigte der Projektausschuss die vom Projektteam erarbeitete Arbeitgeberpositionierung. Sie umfasst die Dimensionen Fundament, Identität, Haltung und Ambition. Diese Dimensionen werden unter anderem im Rahmen der Umsetzung der Kommunikationsmassnahmen in Erscheinung treten.

Das Handlungsfeld Anstellungsbedingungen wurde planmässig weitergeführt.

Rollout Digitaler Arbeitsplatz

Die kantonale Verwaltung wird schrittweise mit einem digitalen Arbeitsplatz ausgerüstet (siehe RRZ 10f). Hauptziel ist die Unterstützung der Digitalisierung in der Verwaltung. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres wurde die Konzeptphase des Grossprojekts abgeschlossen und gleichzeitig mit dem Aufbau der neuen Lösung begonnen. Die nötigen Tests und Sicherheitsprüfungen fanden im vierten Quartal statt. Rund 150 Arbeitsplätze konnten im Rahmen der Pilotphase noch im Berichtsjahr ausgerollt und wertvolle Erfahrungen gesammelt werden.

Der digitale Arbeitsplatz besteht aus Hardware mit zwei zur Auswahl stehenden Arbeitsgeräten, Smartphones und Tablets für Geschäftszwecke und virtuellen Arbeitsplätzen für spezielle Einsatzgebiete. Auch die Softwarestruktur wurde überarbeitet und an die Anforderungen der digitalen Zusammenarbeit angepasst. Sie umfasst unter anderem eine vollständig integrierte Telefonie- und Videokonferenzlösung.

Der Rollout des digitalen Arbeitsplatzes ist aufgrund von Hardware-Lieferschwierigkeiten und der aufwendigen Konzeptionsphase um mehrere Monate verzögert.

«Die Erklärvideos in Gebärdensprache zu den kantonalen Abstimmungen ermöglichen es gehörlosen Menschen, sich zu informieren und am politischen Leben teilzunehmen.»

Andreas Janner, gehörlos



Legislaturziel RRZ 10: Die Verwaltungsstrukturen sind an die Aufgabenerfüllung angepasst, die Attraktivität als Arbeitgeber ist gestärkt und mit der digitalen Transformation ist das Leistungsangebot konsequent auf die Kundenbedürfnisse ausgerichtet

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 10a Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 unterstützen, das Impulsprogramm weiterentwickeln und die Erneuerung der Strategie ab 2023 vorbereiten</p> <p>Die Ablösung des Impulsprogramms durch strategische Initiativen wurde eingeleitet. Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 24. November des Berichtsjahres die Leitsätze «gemeinsam digital unterwegs» festgesetzt. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der genannten strategischen Initiativen, die sich an den Themenbereichen Leistungen, Recht, Organisation, Daten und Infrastruktur orientieren, die Verantwortlichkeiten klären sowie konkrete Aktivitäten und Ressourcen bündeln.</p>	Planmässig	SK
<p>RRZ 10b Den Kulturwandel zur Unterstützung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung in Gang setzen und erste Massnahmen umsetzen</p> <p>Im Projekt «Kultur- und Kompetenzentwicklung» wurden in einem Pilotprojekt verschiedene Formate zur Förderung der Innovation, Veränderungsbereitschaft und der übergreifenden Zusammenarbeit ausprobiert. Im Projekt «Arbeiten in der digitalen Verwaltung» wurden die in der Initialisierungsphase erarbeiteten Grundlagen im Rahmen eines Pilotprojekts in der Staatskanzlei genutzt, um erste Erkenntnisse bezüglich einer umfassenden Umsetzung zu gewinnen und den anderen Verwaltungseinheiten zur Verfügung zu stellen.</p>	Planmässig	SK
<p>RRZ 10c Die Organisationsstrukturen und Prozesse der Verwaltung hinsichtlich der digitalen Transformation überprüfen, den Handlungsbedarf festlegen und Massnahmen einleiten</p> <p>Der Start der strategischen Initiativen und damit der Umsetzung dieser Massnahme erfolgt erst im Jahr 2022.</p>	Verzögert	Federführung SK, Umsetzung alle
<p>RRZ 10d Vermehrt digitale Angebote schaffen für Dienstleistungen und Behördenverkehr innerhalb der Verwaltung und gegen aussen</p> <p>Im Rahmen der Erneuerung von ZHservices ist das Pilotvorhaben eEinbürgerung auf Kurs, ebenso die Entwicklung der nötigen Basisdienste. Weitere Projekte haben wichtige Meilensteine erreicht, um künftig vermehrt digitale Angebote zu schaffen und auch innerhalb der Verwaltung digital zu arbeiten: Die Vernehmlassung zum Vorentwurf für die Vorlage «Rechtliche Grundlagen für den elektronischen Geschäftsverkehr (DigiLex)» wurde durchgeführt. Das Projekt «Zürikonto» befindet sich kurz vor Abschluss der Initialisierungsphase. Die Ergebnisse aus dem Projekt «Koordinierte Ausbreitung der internen elektronischen Geschäftsabwicklung» liegen vor.</p>	Planmässig	Federführung SK, Umsetzung alle
<p>RRZ 10e Die HR-Organisation des Kantons bezüglich Wirksamkeit und Effizienz überprüfen sowie ein zukunftsorientiertes HR-Geschäftsmodell für den Kanton entwickeln</p> <p>Die Arbeiten im Projekt HR-Geschäftsmodell konnten im Berichtsjahr wie geplant fortgesetzt werden. Sechs directionsübergreifend besetzte Arbeitsgruppen haben im Sommer die HR-Soll-Prozesse im Rahmen eines Grobkonzepts ausgearbeitet.</p>	Planmässig	FD
<p>RRZ 10f Die Umsetzung des IKT-Programms voranbringen</p> <p>Die meisten Projekte im Programm zur Umsetzung der IKT-Strategie sind auf Kurs. Der Rollout des neuen digitalen Arbeitsplatzes verzögert sich aufgrund der weltweiten Engpässe bei der Lieferung von Hardware und der aufwendigen Konzeptionsphase um mehrere Monate.</p>	Verzögert	FD
<p>RRZ 10g Die Aufsicht über Bezirksbehörden und Gemeinden zur Erhaltung und Stärkung guter Rahmenbedingungen transparent organisieren</p> <p>Mit RRB Nr. 886/2019 setzte der Regierungsrat das Aufsichtskonzept über die Bezirksbehörden fest und beauftragte die Direktion der Justiz und des Innern mit der Umsetzung. Im Aufsichtskonzept ist vorgesehen, dass die Bezirksbehörden periodisch visitiert werden. Im Berichtsjahr erfolgte dies in sechs Bezirken. Zudem erschien der Schlussbericht zur Umsetzung der Portfolioanalyse zur Optimierung und Weiterentwicklung der Bezirksbehörden.</p>	Planmässig	JI
<p>RRZ 10h Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden prüfen</p> <p>Im Projekt Gemeinden 2030 wurde im Berichtsjahr die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden mit Vertretungen beider Ebenen thematisiert. Vier Arbeitsgruppen bearbeiten die Themen Miliztätigkeit, Zusammenarbeit Gemeinden und Kanton, digitale Transformation und interkommunale Zusammenarbeit.</p>	Planmässig	JI

Massnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise

Der Regierungsrat und die Direktionen haben verschiedene Massnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie und zur Linderung ihrer Auswirkungen ergriffen. In der folgenden Zusammenstellung wird über Massnahmen berichtet, die für den

Kanton finanziell bedeutend sind oder bedeutende Auswirkungen auf die Bevölkerung oder die Wirtschaft haben. Angegeben wird der Stand der Umsetzung zum Ende des Berichtsjahres.

Öffentliche Sicherheit

Massnahme

Stand

Umsetzung

Quarantäne- und Isolationsstation im Gefängnis Horgen

Laufend

JI

Um Ansteckungen mit dem Coronavirus in Untersuchungsgefängnissen des Kantons möglichst zu unterbinden, müssen alle neu Eingewiesenen im Gefängnis Limmattal, Abteilung Horgen, eine Quarantäne- oder Isolationszeit absolvieren (RRB Nr. 1282/2020). Durch diese Massnahme ergibt sich der Vorteil, dass die Insassen nach dem Aufenthalt in Horgen in den anderen Untersuchungsgefängnissen keinen weiteren Einschränkungen mehr unterliegen. So kann nahezu das gleiche Vollzugsregime wie vor Pandemiebeginn durchgeführt werden, samt Gruppenvollzug, gemeinsamem Spazieren und Essen in Gemeinschaftsräumen. Die Abteilung Horgen wird noch bis zur Eröffnung des Gefängnisses Zürich West als Quarantäne- und Isolationsstation dienen. Anschliessend fällt diese Aufgabe dem Gefängnis Zürich West zu. Bis Ende des Berichtsjahres wurden rund 3,5 Mio. Franken für den Betrieb der Isolationsstation aufgewendet.

Bildung

Massnahme

Stand

Umsetzung

Finanzielle Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung

Laufend

BI

Gemäss dem Gesetz über die finanzielle Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund der Coronapandemie beteiligt sich der Kanton an den Ausfallentschädigungen für privat geführte familienergänzende Betreuungseinrichtungen mit Sitz im Kanton (RRB Nrn. 20/2021 und 57/2021). Gestützt auf das Gesetz wurden Ausfallentschädigungen im Umfang von insgesamt 27,6 Mio. Franken ausbezahlt. Dieser Betrag wird zu gleichen Teilen von Bund, Kanton und Gemeinden getragen. Zurzeit werden die Gemeindeanteile eingefordert.

Schutzkonzepte in Bildungseinrichtungen

Laufend

BI

Die Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Bildungsbereich wurde im Berichtsjahr dreimal an die Vorgaben des Bundes sowie an die bestehenden epidemiologischen Herausforderungen angepasst (RRB Nrn. 1069/2021, 1367/2021 und 1486/2021). Gemäss der Verordnung haben die Volksschulen und alle Schulen, an denen die Schulpflicht erfüllt werden kann, sowie die Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe B, die Schulheime- und die Kinder- und Jugendheime wie auch die im Kanton akkreditierten Hochschulen spezifische Schutzkonzepte erarbeitet und umgesetzt. Mit weiteren Massnahmen, wie einem Corona-Mail und Corona-Phone für Schulpflegen und Schulleitende, einer Eltern-Hotline, coronaspezifischen Webseiten und dem für die Volksschulen tätigen Contact Tracing gelang es, die Schulen im Berichtsjahr ununterbrochen offen zu halten.

Kultur, Sport und Freizeit

Massnahme

Stand

Umsetzung

Finanzhilfe Kultur

Laufend

JI

Mit dem Covid-19-Gesetz und den entsprechenden Regierungsratsbeschlüssen (RRB Nrn. 931/2020, 1230/2020 und 474/2021) haben Bund und Kanton die Grundlage für die im Berichtsjahr geltenden Corona-Finanzhilfen im Kulturbereich geschaffen. Rund 3100 Gesuche von Kulturschaffenden und Kulturunternehmen für nicht rückzahlbare Finanzhilfen gingen im Berichtsjahr ein. Bis Ende des Berichtsjahres konnten rund 49 Mio. Franken ausbezahlt werden.

Weiter sind 136 Gesuche für Transformationsprojekte eingegangen, die Kulturunternehmen helfen, sich an die durch die Pandemie veränderten Verhältnisse anzupassen. Bis Ende des Berichtsjahres wurden rund 3 Mio. Franken ausbezahlt. Die Corona-Finanzhilfen werden je zur Hälfte durch Bund und Kanton finanziert und werden auch 2022 fortgeführt.

Unterstützung im Breitensport

Abgeschlossen DS

Mit den Massnahmen «Soforthilfe Sport II» und «Strukturhilfe Sportverbände» wurde im Berichtsjahr sichergestellt, dass Non-Profit-Sportorganisationen ihre Leistungen aufrechterhalten konnten (RRB Nr. 1250/2020). Die Beiträge von 1 Mio. Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds des Kantons dienten zur Deckung von Ertragsausfällen oder Mehraufwendungen bzw. ungedecktem Betriebsaufwand bei Sportorganisationen. Im Berichtsjahr erhielten 66 Sportvereine und fünf kantonale Sportverbände Beiträge.

Gesundheit

Massnahme

Stand

Umsetzung

Entschädigung der Zusatzkosten der zweiten und vierten Welle in den Spitälern

Laufend

GD

Der Kanton entschädigte die zur Bewältigung der Coronapandemie angefallenen Zusatzkosten der 25 Covid-Spitäler während der zweiten Welle im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 28. Februar (RRB Nr. 1202/2020) und während der vierten Welle im Zeitraum vom 20. August bis zum 31. Oktober des Berichtsjahres (RRB Nr. 1031/2021) mit insgesamt 25,6 Mio. Franken. Damit wurde ein wesentlicher Beitrag zur Sicherstellung der Spitalversorgung geleistet.

Für die zweite Welle wurden die pauschalen Beiträge bereits ausbezahlt. Vereinbarungen mit anderen Kantonen bezüglich der Abgeltung der Zusatzkosten von ausserkantonalen Covid-Patientinnen und -Patienten sind noch in Abklärung.

Auch für die vierte Welle wurden die pauschalen Beiträge bereits ausbezahlt. Zusätzlich werden leistungsbezogene Beiträge zur Kompensation der Tarifunterdeckung anhand der Anzahl Behandlungstage von Zürcher Covid-Patientinnen und -Patienten im Jahr 2022 ausbezahlt.

Unterstützung der Spitäler bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Coronapandemie

Laufend

GD

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 572/2020 ein Massnahmenpaket über 305 Mio. Franken zur Unterstützung der Spitäler bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Coronapandemie bewilligt. Im Berichtsjahr wurden die effektiven, auf den Rechnungsabschlüssen der Spitäler basierenden Beiträge je Spital ermittelt und ausbezahlt (RRB Nr. 797/2021). Diese liegen im Berichtsjahr unter den dafür abgegrenzten Kosten. Vorbehalten bleiben Anpassungen aufgrund der Rechnungsrevision, die noch nicht abgeschlossen ist. Der Gesamtaufwand seit dem Start dieser Massnahme liegt bei rund 60,7 Mio. Franken.

Errichtung und Betrieb von Testzentren

Laufend

GD

Tests sind ein wichtiges Mittel in der Bekämpfung der Coronapandemie. Im Berichtsjahr wurden mit dem Testzentrum Rosenberg in Winterthur und dem Drive-in-Testzentrum auf dem Flugplatz Dübendorf zwei weitere kantonale Testzentren in Betrieb genommen. Insgesamt waren somit vier kantonale Zentren in Betrieb (RRB Nrn. 699/2020, 1059/2020 und 1220/2021). Die Gesamtkosten im Berichtsjahr beliefen sich auf rund 5,2 Mio. Franken. Im August des Berichtsjahres wurde das auf dem Kasernenareal in Zürich betriebene Testzentrum auf das Areal des Stadspitals Triemli verlegt.

Im Verlaufe des Berichtsjahres wurden die Kapazitäten der Testzentren laufend an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Es konnten somit durchgehend genügend Testkapazitäten angeboten werden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr in den kantonalen Testzentren 457 745 Tests durchgeführt.

«Im kantonalen Sportzentrum Kerenzerberg kann ich super trainieren.
Da macht das Turnen doppelt Spass!»
Uma Fitzgerald



Massnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise

Massnahme	Stand	Umsetzung
Contact Tracing Die Kantone stellen im Auftrag des Bundes das Contact Tracing sicher (RRB Nrn. 841/2020, 1060/2020 und 351/2021). Es erlaubt, Ansteckungsketten rasch zu erkennen und mittels Isolation der positiv getesteten Personen bzw. Quarantäne der nahen Kontaktpersonen zu unterbrechen. Zudem sollen grössere Ausbrüche identifiziert und entsprechende Massnahmen angeordnet werden. Die Kapazitäten wurden im Verlauf des Berichtsjahres dem Bedarf entsprechend ausgebaut, um auch höhere Fallzahlen bewältigen und Infektionscluster besser erkennen zu können. Möglich machte dies zum einen die weitgehende Digitalisierung der Nachverfolgung und zum anderen die Zusammenarbeit mit einem privaten Leistungserbringer im Rahmen einer Zwei-Säulen-Strategie. Der Gesamtaufwand belief sich im Berichtsjahr auf 14,5 Mio. Franken.	Laufend	GD
Beschaffung von Schnelltests Im Herbst 2020 kam mit den Antigen-Schnelltests ein neues diagnostisches Hilfsmittel auf den Markt. Die Tests ermöglichen eine rasche Befundung ohne Laboranalyse. Angesichts der damals angespannten pandemischen Lage und möglicher Engpässe bei den Teststrukturen wurde ein kantonaler Pandemievorrat an solchen Schnelltests beschafft (RRB Nr. 1034/2020). Mit den Tests sollten kurzzeitige Belastungsspitzen der Testinfrastruktur aufgrund starker Nachfrage überbrückt werden. Da sich die Verfügbarkeit der Antigen-Schnelltests auf dem freien Markt im Verlauf des Berichtsjahres laufend verbesserte, wurde entschieden, den Vorrat wieder aufzulösen. Die Tests wurden an verschiedene Leistungserbringer im Gesundheitswesen weiterverkauft. Für die Massnahme wurden rund 200 000 Franken Nettoausgaben getätigt.	Abgeschlossen	GD
Impfprojekt Im Berichtsjahr wurden in den Impfzentren, den Spitälern, Alters- und Pflegeheimen und sozialen Institutionen sowie in Apotheken und Arztpraxen über 2,6 Mio. Impfdosen verabreicht. Die entsprechenden Ausgaben wurden vom Regierungsrat am 20. Januar des Berichtsjahres bewilligt (RRB Nr. 45/2021). Im Berichtsjahr fielen Kosten von rund 82,4 Mio. Franken an. Die Registrierung für die Impfungen, die Terminbuchung und die Erfassung der verabreichten Impfungen erfolgte über das IT-Tool «VacMe». Für den Support der Impfwilligen bei der Registrierung wurde eine Impffhotline eingerichtet. Das gesamte Projekt wird durch eine kantonale Impfmobilisierungskampagne begleitet. Seit November werden laufend Auffrischungsimpfungen, sogenannte Booster, verabreicht, seit Dezember werden auch Kinder unter zwölf Jahren geimpft. Die Ausgaben für diese Leistungen wurden mit RRB Nr. 1219/2021 bewilligt.	Laufend	GD
Subventionen im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie Die Versorgungssituation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie war bereits vor der Pandemie angespannt. Da die Pandemie auch Kinder und Jugendliche psychisch stark belastet, hat sich die Situation akzentuiert, und die Versorgung konnte mit den bisherigen Ressourcen nicht mehr bewältigt werden. Um die Grundversorgung sicherzustellen, hat der Regierungsrat ein Massnahmenpaket zur Verbesserung des Angebots für Kinder und Jugendliche beschlossen (RRB Nr. 598/2021). Die Massnahmen umfassen Kapazitätserweiterungen im ambulanten und stationären Bereich, einen Konsiliendienst zur Betreuung von Jugendlichen auf Erwachsenenstationen sowie ein Kriseninterventionszentrum für Jugendliche. Die Kosten beliefen sich im Berichtsjahr auf rund 1,5 Mio. Franken. An der Umsetzung sind alle Spitäler mit Leistungsauftrag für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Standort im Kanton beteiligt.	Laufend	GD
Schutzkonzept im Gesundheitsbereich Zum Schutz besonders vulnerabler Personen in Heimen, Spitälern und sozialen Einrichtungen sowie von durch Spitex-Institutionen betreuten Personen hat der Regierungsrat am 22. September eine Verordnung zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Gesundheitsbereich erlassen (V Covid-19 Gesundheitsbereich, LS 818.13; RRB Nrn. 1068/2021 und 1140/2021). Sie schreibt vor, dass sowohl Angestellte solcher Einrichtungen als auch Besuchende und Begleitpersonen von Patientinnen und Patienten oder Heimbewohnenden über ein gültiges Covid-19-Zertifikat oder ein aktuelles negatives Testergebnis verfügen müssen. Die Verordnung hat keine unmittelbare Kostenwirksamkeit.	Laufend	GD

Gesellschaft und soziale Sicherheit

Massnahme	Stand	Umsetzung
Schutzmassnahmen im Asylbereich Im Rahmen der Bereitstellung von ausreichenden Infrastrukturen für das Gesundheits- und Asylwesen wurde das ehemalige Pflegeheim «Erlenhof» in Zürich angemietet. Dies erlaubte es, Isolations- und Quarantänefälle aus den Asylzentren zentral unterzubringen und so die Bewohnerinnen und Bewohner wirkungsvoll zu schützen. Der Mietvertrag war bis 30. September des Berichtsjahres befristet und das Gebäude wurde an den Vermieter zurückgegeben. Im Anschluss wurden zur Isolation von Covid-infizierten Klientinnen und Klienten zusätzliche Plätze innerhalb der Asylinfrastruktur geschaffen. Diese Massnahmen werden laufend den Vorgaben angepasst.	Laufend	DS

Verkehr

Massnahme

Stand

Umsetzung

Zusatzkredit ZVV

Abgeschlossen VD

Die Einnahmen der öffentlichen Verkehrsmittel sind während der Coronapandemie aufgrund der geringeren Nachfrage stark zurückgegangen und die Kostenunterdeckung des ZVV ist entsprechend gestiegen. Die Annahmen zu Beginn der Krise mussten deutlich revidiert werden. Um den finanziellen Mehrbedarf für die Fahrplanperiode 2020/2021 zu decken, war im Berichtsjahr wie bereits 2020 ein Nachtragskredit zum Budget erforderlich. Der Nachtrag für das Budget 2021 betrug 33,1 Mio. Franken. Diese Entwicklung verlangte gleichzeitig einen Zusatzkredit zum Rahmenkredit 2020/2021 in der Höhe von 188,7 Mio. Franken.

Volkswirtschaft

Massnahme

Stand

Umsetzung

Schutzschirm für Grossveranstaltungen von überkantonaler Bedeutung

Laufend

VD

Um Veranstaltern eine Planungsperspektive zu bieten, hat der Bund am 19. März 2021 das Covid-19-Gesetz mit Massnahmen zu Publikumsanlässen von überkantonaler Bedeutung mit mindestens 1000 Personen – dem sogenannten Schutzschirm – ergänzt. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat einen Kredit von 31 Mio. Franken, um sich hälftig an nicht gedeckten Kosten von nachträglich von Behördenseite abgesagten, verschobenen oder stark eingeschränkten Veranstaltungen zu beteiligen (RRB Nr. 548/2021). Die Abwicklung der Gesuche wurde dem Amt für Wirtschaft und Arbeit übertragen, das im Berichtsjahr insgesamt 131 Zusicherungsgesuche bearbeitete. Bis Ende des Berichtsjahres mussten keine Mittel aus dem Schutzschirm-Kredit beansprucht werden.

Unterstützung für Selbstständigerwerbende

Abgeschlossen FD

Im Frühling 2020 hat der Regierungsrat für drohende Notlagen Selbstständigerwerbender und von Personen in vergleichbaren Lagen zulasten der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank 15 Mio. Franken bewilligt (RRB Nr. 262/2020). Auf dieser Grundlage hat die Finanzdirektion Regelungen zur Unterstützung von Kleinstunternehmungen erlassen. Die konkrete Abwicklung übernahmen aufgrund ihrer Situationskenntnis die Gemeinden, auf die der Beitrag gemäss der Bevölkerungszahl verteilt wurde. Insgesamt konnten Unterstützungsbeiträge von rund 13,5 Mio. Franken an die Gemeinden ausgezahlt werden, wovon bis Ende des Berichtsjahres rund 4,4 Mio. Franken an den Kanton zurück-erstattet wurden. Mit den Zahlungen konnten rund 1950 Selbstständigerwerbende und Personen in vergleichbaren Lagen unterstützt werden.

Staatsbeitrag für Zürich Tourismus

Laufend

VD

Der Kanton Zürich war vor der Coronakrise mit 6,5 Mio. Logiernächten die grösste Tourismusregion der Schweiz. Die Coronapandemie trifft den in Zürich dominierenden Städte- und Geschäftstourismus, die mit ihm zusammenhängenden Wirtschaftszweige und auch den Flughafen sehr hart. Der Verein Zürich Tourismus ist für die Bewerbung der Tourismusdestination Zürich verantwortlich und wird fast ausschliesslich durch die Branche selbst finanziert, was in Europa einmalig ist. Die Krise führte zu einem massiven Einnahmeneinbruch. Um die Destination Zürich weiterhin bewerben und die Tourismusbranche mittelfristig stabilisieren zu können, beantragte der Regierungsrat im November 2020 dem Kantonsrat deshalb, Zürich Tourismus bis 2022 finanziell zu unterstützen (RRB Nr. 1101/2020; Vorlage 5664). Die einmalige Ausgabe von insgesamt 4,8 Mio. Franken wurde zulasten der Erfolgsrechnung verbucht.

Mietzinsерlasse

Abgeschlossen BD

Um von der Coronapandemie stark betroffene Mieterinnen und Mieter in kantonalen Liegenschaften zu unterstützen, wurde diesen je nach Situation finanzielle Hilfe zugesichert. Die Massnahmen umfassten Stundungen, Zahlungsvereinbarungen sowie Mietzinsерlasse. So konnten Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unterstützt, aber auch drohende Mietzinsausfälle für den Kanton aufgrund von Konkursen verhindert werden. Seit Pandemiebeginn wurden über 1,2 Mio. Franken Mietzinsерlasse gewährt, davon entfallen etwa 600000 Franken auf das Berichtsjahr. Bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind keine Konkurse von unterstützten Unternehmen bekannt.

Finanzen und Steuern

Massnahme

Stand

Umsetzung

Härtefallprogramm

Laufend

FD

Um Unternehmen zu unterstützen, die von den behördlichen Massnahmen besonders betroffen waren, wurde das Covid-19-Härtefallprogramm eingeführt (RRB Nrn. 1192/2020, 16/2021, 56/2021, 208/2021 und 791/2021).

Die erwarteten hohen Gesuchzahlen wurden mit einer rein digitalen Entgegennahme, Prüfung, Verfügung und Auszahlung der Härtefallhilfen bewältigt.

In einer äusserst dynamischen Rechtsentwicklung auf Bundesebene fanden von Januar des Berichtsjahres bis Januar 2022 insgesamt fünf Zuteilungsrunden statt, um die jeweils neu geltenden Anspruchsvoraussetzungen umzusetzen.

Im Berichtsjahr wurden rund 9100 Gesuche bearbeitet und davon rund 7000 bewilligt. Die Beiträge beliefen sich auf 1351 Mio. Franken, wovon rund 1178 Mio. Franken nicht rückzahlbare Beiträge und rund 173 Mio. Franken Darlehen waren.

Allgemeine Verwaltung

Massnahme

Stand

Umsetzung

Urnenabstimmungen in Versammlungsgemeinden

Abgeschlossen

Jl

Obwohl die Gemeindeversammlungen von den Massnahmen des Bundes gegen die Coronapandemie nicht betroffen waren, war zu erwarten, dass viele Stimmberechtigte nicht oder nur zögerlich an Gemeindeversammlungen teilnehmen würden. Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat deshalb ein Gesetz über die Urnenabstimmungen in Versammlungsgemeinden während der Corona-Pandemie (RRB Nr. 1066/2020; Vorlage 5662), das es ermöglichte, den Stimmberechtigten bestimmte Geschäfte der Gemeindeversammlung in einer Urnenabstimmung vorzulegen. Das Gesetz trat am 30. November 2020 dringlich in Kraft und war ursprünglich bis am 31. März des Berichtsjahres befristet. Nachdem der Bundesrat die Massnahmen im Januar 2021 verschärft hatte, wurde es verlängert (RRB Nr. 58/2021; Vorlage 5682). Das Gesetz trat am 30. Juni 2021 ausser Kraft.

Zusätzliche Reinigungsleistungen

Abgeschlossen

BD

Auch bei vom Bund erlassener Homeofficepflicht oder -empfehlung war das Arbeiten von zu Hause nicht für alle möglich. Zum Schutz der Mitarbeitenden, die weiterhin in den Verwaltungsgebäuden arbeiteten, beschloss der Regierungsrat (RRB Nr. 1319/2020), zusätzliche Reinigungen der Liegenschaften der kantonalen Verwaltung einzuführen. Die Umsetzung orientierte sich jeweils an den Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit. Die Baudirektion erstellte dazu ein dreistufiges Schutzkonzept und eine entsprechende Massnahmenliste mit zum Beispiel zusätzlichen Mittagsreinigungen der Nasszellen und Verpflegungszonen. Die erforderlichen Massnahmen wurden fortwährend überprüft und wenn erforderlich angepasst. Bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind für die zusätzlichen Reinigungsleistungen 790'000 Franken angefallen.

Finanzen im Überblick

Eckwerte

in Mio. Franken	Rechnung 2020	Budget ^{plus} 2021	Rechnung 2021	Differenz R 20/21	
				Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	16 159	15 772	18 176	2 017	12.5
Betrieblicher Aufwand	-16 197	-16 999	-17 860	-1 663	-10.3
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-38	-1 226	316	354	>100.0
Finanzertrag	770	388	541	-229	-29.7
Finanzaufwand	-233	-87	-99	134	57.4
Finanzergebnis	536	301	442	-95	-17.6
Jahresergebnis	499	-926	758	259	52.0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	190	157	186	-4	-2.1
Investitionsausgaben	-1 334	-2 340	-1 475	-140	-10.5
Saldo Investitionsrechnung	-1 144	-2 182	-1 288	-144	-12.6
Finanzierungsrechnung					
Saldo Finanzierungsrechnung	80	-2 493	157	76	95.3
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	6 516		6 206	-310	-4.8
- Finanzvermögen UV	6 516		6 206	-310	-4.8
Anlagevermögen (AV)	17 041		17 573	531	3.1
- Finanzvermögen AV	1 500		1 408	-92	-6.1
- Verwaltungsvermögen	15 542		16 165	623	4.0
Total Aktiven	23 557		23 779	222	0.9
Kurzfristiges Fremdkapital	-6 454		-5 702	752	11.7
Langfristiges Fremdkapital	-6 546		-6 788	-242	-3.7
Eigenkapital	-10 557		-11 289	-732	-6.9
Total Passiven	-23 557		-23 779	-222	-0.9
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	1 579		519	-1 061	-67.2
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-1 032		-1 197	-166	-16.1
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	547		-679	-1 226	>100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-142		-262	-119	-83.6
Zunahme Flüssige Mittel	405		-940	-1 345	>100.0
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	107.0		112.2		
Nettoschulden I	4 279		4 157		

Beurteilung

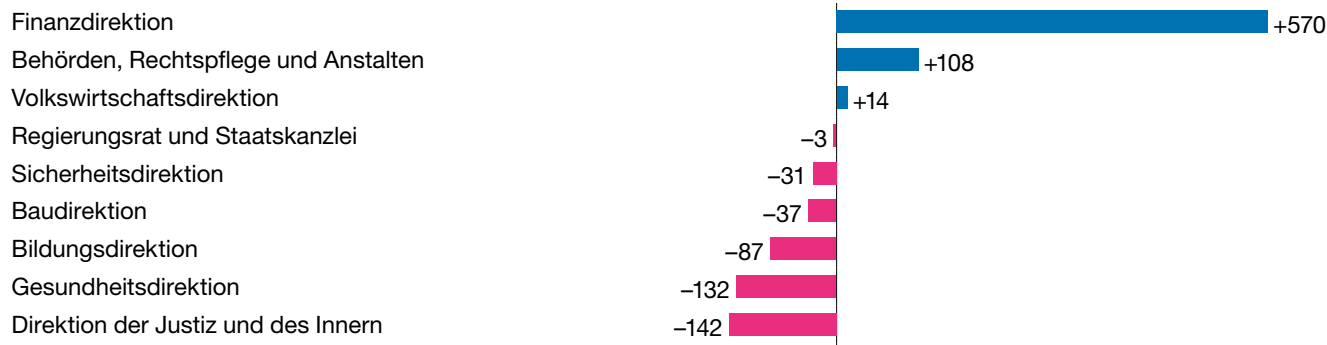
Das sechste Jahr in Folge wurde im Berichtsjahr ein Ertragsüberschuss erzielt. Die Wirtschaft des Kantons Zürich wurde durch die Coronapandemie weniger stark in Mitleidenschaft gezogen als zu Beginn befürchtet, was sich im erfreulichen Ergebnis widerspiegelt. Die Verbesserungen gegenüber dem Budget gemäss Kantonsratsbeschluss einschliesslich Nachtragskrediten und Kreditübertragungen (Budget^{plus}) von 1,7 Mrd. Franken waren massgeblich auf die um 843 Mio. Franken höheren Steuer-

erträge und die zusätzliche Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 478 Mio. Franken zurückzuführen. Die Investitionsausgaben betragen im Berichtsjahr knapp 1,5 Mrd. Franken und liegen damit um 140 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Der Selbstfinanzierungsgrad lag bei 112,2%. Die Nettoschulden I verringerten sich um 121 Mio. Franken auf knapp 4,2 Mrd. Franken. Der Kanton Zürich erhielt weiterhin von den Rating-Agenturen Standard & Poor's und Fitch die Höchstnote.

Erläuterungen

Vergleich Rechnung 2021 mit Rechnung 2020

Saldoverbesserung insgesamt +259 Mio. Franken



Die Erfolgsrechnung 2021 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 758 Mio. Franken und damit um 259 Mio. Franken besser ab als 2020.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken):

+570 Finanzdirektion

- +545 Steuererträge
- +298 Zinsen und Beteiligungen
- 281 Sammelpositionen

+108 Behörden, Rechtspflege und Anstalten

- +104 Spitäler: Universitätsspital Zürich (+65), Kantonsspital Winterthur (+34), Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (+6)

-142 Direktion der Justiz und des Innern

- 112 Kantonaler Finanzausgleich
- 13 Fachstelle Kultur

-132 Gesundheitsdirektion

- 74 Prävention und Gesundheitsförderung
- 40 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

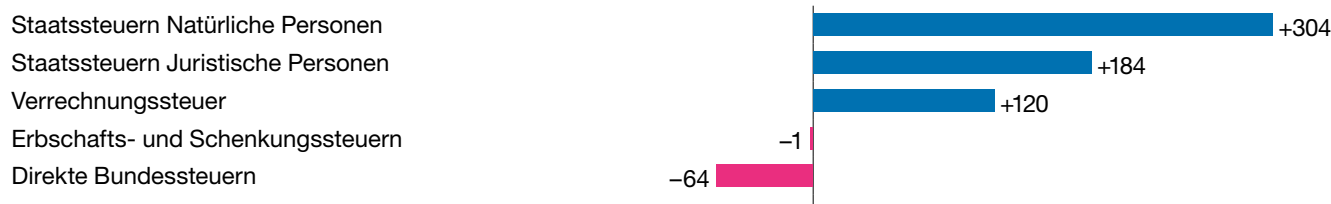
-87 Bildungsdirektion

- 48 Kinder- und Jugendhilfe
- 12 Volksschulen
- 12 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Der Saldo der Investitionsrechnung 2021 betrug -1,3 Mrd. Franken (Vorjahr: -1,1 Mrd. Franken). Die Investitionsausgaben waren mit 1,5 Mrd. Franken um 140 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Die Investitionseinnahmen betragen im Berichtsjahr 186 Mio. Franken und waren damit um 4 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr.

Nettosteuererträge 2021

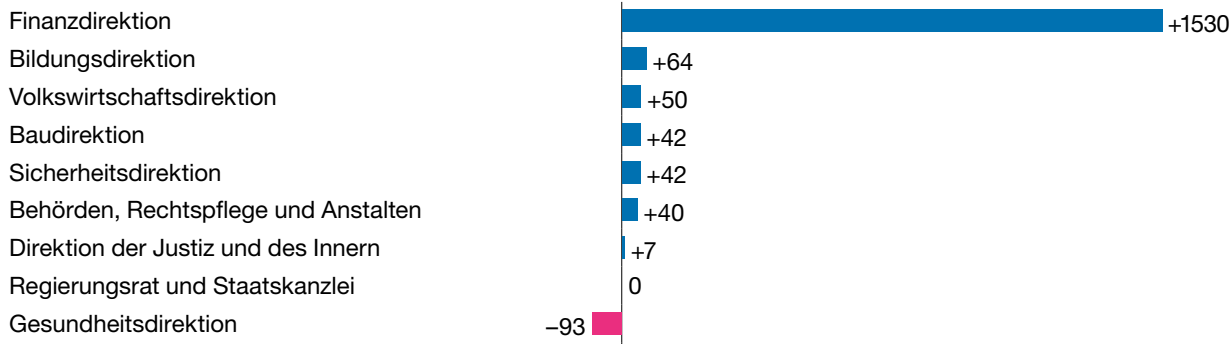
Abweichung gegenüber Rechnung 2020: +545 Mio. Franken (+7.0%)



Die Nettosteuererträge sind im Berichtsjahr gegenüber 2020 um 545 Mio. Franken oder 7,0% gestiegen. Sowohl die Staatssteuern (+487 Mio. Franken) als auch die Verrechnungssteuer (+120 Mio. Franken) fielen im Berichtsjahr höher aus. Die Erträge der Erbschafts- und Schenkungssteuern blieben praktisch unverändert. Bei der direkten Bundessteuer resultierte eine Abnahme von 64 Mio. Franken.

Vergleich Rechnung 2021 mit Budget^{plus} 2021

Saldoverbesserung insgesamt +1683 Mio. Franken



Das Budget^{plus} 2021 sah ein Jahresergebnis von -926 Mio. Franken vor. Die Erfolgsrechnung 2021 schloss um 1,7 Mrd. Franken besser ab.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken):

+1530 Finanzdirektion

- +843 Höhere Steuererträge
- +478 Höhere Gewinnausschüttung Schweizerische Nationalbank
- +68 Tiefere ausgerichtete Beiträge aus Covid-19-Härtefallprogramm als mittels Nachtragskredit beantragt
- +67 Höhere Gewinnausschüttung Zürcher Kantonalbank

+64 Bildungsdirektion

- +24 Pauschalbeiträge des Bundes für die Berufsbildung an die Kantone höher als budgetiert
- +22 Tieferer Kostenbeitrag an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften infolge nicht ausgeschöpfter Projektmittel
- +10 Weniger unterstützte Personen im Stipendienbereich als erwartet

+50 Volkswirtschaftsdirektion

- +31 Schutzschirm für Publikumsanlässe mit überkantonaler Bedeutung wurde nicht beansprucht.
- +17 Nichtausschöpfung des Budgets einschliesslich Nachtragskredit für den Staatsbeitrag an den Zürcher Verkehrsverbund

-93 Gesundheitsdirektion

- 93 Höherer Aufwand Coronapandemie in Prävention und Gesundheitsförderung, u. a. Covid-19-Impfprojekt

Die Investitionsausgaben lagen 865 Mio. Franken tiefer als budgetiert, die Investitionseinnahmen 29 Mio. Franken höher. Insgesamt schloss die Investitionsrechnung um 894 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Eigenkapital

Dank dem Ertragsüberschuss 2021 stieg das Eigenkapital um 732 Mio. Franken auf knapp 11,3 Mrd. Franken an.

Geldflussrechnung

Im Berichtsjahr nahmen die flüssigen Mittel um 940 Mio. Franken ab. Dem Staatshaushalt flossen aus betrieblicher Tätigkeit 519 Mio. Franken zu und aus Investitionstätigkeit 1,2 Mrd. Franken ab. Dazu kamen Abflüsse aus Finanzierungstätigkeit von 262 Mio. Franken.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr lag der Selbstfinanzierungsgrad bei 112,2%. Damit konnten die Nettoinvestitionen vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden und die Nettoschulden I – definiert als Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen – nahmen um 121 Mio. Franken auf 4,2 Mrd. Franken ab.

Ressourcen Personal

Hauptereignisse

Mit der Personalstrategie 2019–2023 wurden vier strategische Handlungsfelder festgelegt.

Im Handlungsfeld «HR-Geschäftsmodell» wurde die HR-Organisation der kantonalen Verwaltung analysiert. Daraus entstanden Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung. Darauf aufbauend wurden rund 60 HR-Prozesse analysiert und ein Grobkonzept erstellt, um eine gemeinsame Ausrichtung festzulegen.

Für das Handlungsfeld «Anstellungsbedingungen» wurde eine interne Umfrage vorgenommen, um mögliche Optimierungspotenziale zu identifizieren. Die rund 380 Rückmeldungen wurden in sechs Themenfeldern zusammengefasst. Der breit abgestützte Projektausschuss genehmigte diese Priorisierung, sodass die Einwilligung des Regierungsrates eingeholt werden

konnte. Darauf folgend wurden verschiedene Benchmarks in Auftrag gegeben und mit der Bearbeitung von einzelnen Themenfeldern begonnen.

Für die bevorstehende Ablösung des Personalmanagement- und Lohnadministrationssystems SAP Stäfa wurde eine Konzeptstudie erstellt und weitere Vorbereitungsarbeiten geleistet. Im Berichtsjahr konnte mittels eines Piloten «Proof of Concept Onboarding» erste Tests durchgeführt werden, um die weiteren Arbeiten auf der erhaltenen Erfahrungsbasis fortzuführen. Zum Handlungsfeld «Arbeitgebermarketing» wurde im Berichtsjahr – gestützt auf eine Analyse mit relevanten Stakeholder-Gruppen und den Resultaten eines Benchmarks – eine Arbeitgeberpositionierung, bestehend aus Fundament, Identität, Haltung und Ambition, für die Verwaltung formuliert.

Finanzielle Entwicklung¹

Personalaufwand

	2020 Fr. 1000	2021 Fr. 1000	Differenz %
Behörden, Kommissionen und Richter	-14 666	-18 511	26
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-1 275 667	-1 313 599	3
Löhne der Lehrkräfte	-682 188	-699 335	3
Total Löhne	-1 972 521	-2 031 445	3
Temporäre Arbeitskräfte	-2 970	-5 526	86
Zulagen	-18 359	-18 719	2
Arbeitgeberbeiträge	-413 301	-425 607	3
Arbeitgeberleistungen	-3 884	-8 973	131
Übriger Personalaufwand	-16 060	-17 508	9
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei	-2 427 094	-2 507 779	3

UBS-Lohnumfrage 2017 bis 2021 und Lohnrunde Kanton Zürich²

	2017	2018	2019	2020	2021
UBS-Lohnumfrage, Prognosewert Lohnrunde, %	0.6	0.7	1.0	0.8	0.3
UBS-Lohnumfrage, Tatsächlicher Wert Lohnrunde, %	0.7	0.8	0.9	0.8	0.6
Lohnrunde, Kanton Zürich, %	0.4	0.9	1.6	0.7	0.6

Lohnaufwand³

Total Direktionen und Staatskanzlei

	2020 Fr. 1000	2021 Fr. 1000	Differenz %
Regierungsrat und Staatskanzlei	-10 157	-11 008	8.4
Direktion der Justiz und des Innern	-205 823	-216 920	5.4
Sicherheitsdirektion	-472 520	-476 868	0.9
Finanzdirektion	-117 493	-122 124	3.9
Volkswirtschaftsdirektion	-86 145	-92 223	7.1
Gesundheitsdirektion	-47 755	-49 854	4.4
Bildungsdirektion	-855 171	-881 483	3.1
Baudirektion	-175 450	-178 841	1.9

Beschäftigungsumfang

Total Direktionen und Staatskanzlei

	Total	Angestellte ⁴	Übrige ⁵
Regierungsrat und Staatskanzlei	27 530.2	27 093.9	436.3
Direktion der Justiz und des Innern	75.3	68.1	7.1
Sicherheitsdirektion	1 907.2	1 878.3	29.0
Finanzdirektion ⁶	4 543.6	4 502.2	41.4
Volkswirtschaftsdirektion	1 205.1	1 000.3	204.8
Gesundheitsdirektion	888.2	884.8	3.3
Bildungsdirektion	448.6	436.3	12.4
Baudirektion	16 810.4	16 766.8	43.6
	1 651.9	1 557.1	94.8

¹ Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d. h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik. Ein Auszug der Personal- und Lohnstatistik ist als Online-Publikation verfügbar.

² Die Festlegungen zur Lohnentwicklung berücksichtigen die Lohnentwicklung bei Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich (UBS-Lohnumfragen), den kantonalen Finanzhaushalt und die Vorjahres-Lohnrunden der deutschsprachigen kantonalen Verwaltungen. In der Tabelle sind die Werte der UBS-Lohnumfrage der letzten fünf Jahre im Vergleich zu den Lohnrunden des Kantons (mit Teuerung, ohne Einmalzulagen) aufgeführt.

³ Lohnaufwand ohne Berufsbildungsfonds (Bildungsdirektion) und Natur- und Heimatschutzfonds (Baudirektion)

⁴ Angestellte in Vollzeiteneinheiten: Anstellungen gemäss Personalverordnung und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

⁵ Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten

⁶ Mit unterstellten Lernenden (KV- und Informatiklernende)

Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2021

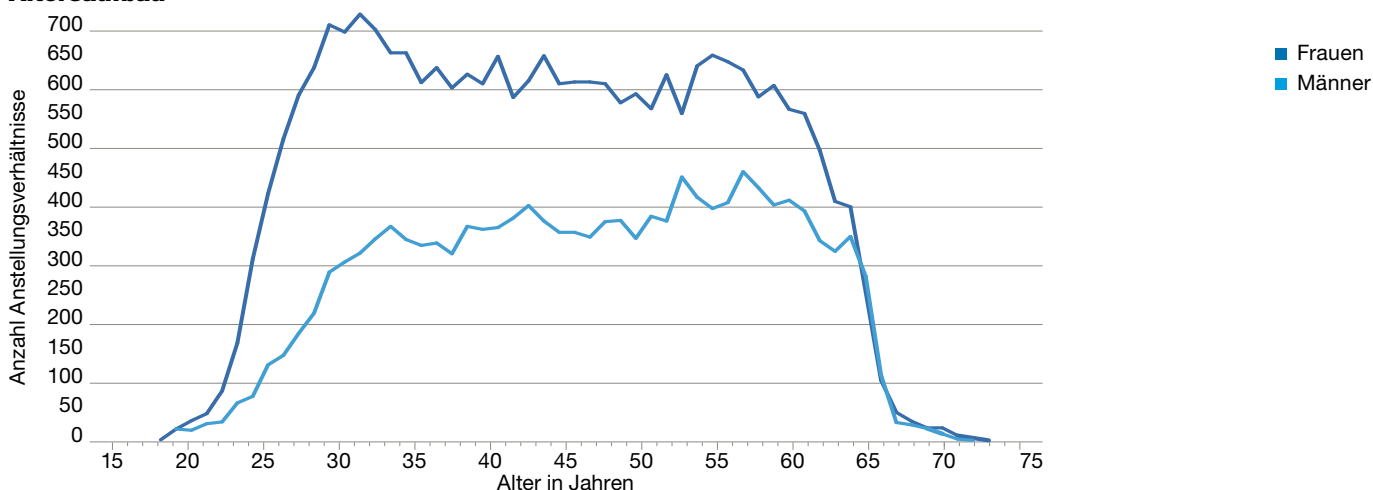
Total Direktionen und Staatskanzlei

	Total	Frauen	Männer	Vollzeit ¹	Teilzeit ²
Total Direktionen und Staatskanzlei	37 800	23 926	13 874	14 527	23 273
Regierungsrat und Staatskanzlei	85	37	48	49	36
Direktion der Justiz und des Innern	2 241	1 168	1 073	1 406	835
Sicherheitsdirektion	4 991	1 847	3 144	3 656	1 335
Finanzdirektion	1 091	497	594	854	237
Volkswirtschaftsdirektion	959	555	404	724	235
Gesundheitsdirektion	519	321	198	331	188
Bildungsdirektion	25 987	18 831	7 156	6 366	19 621
Baudirektion	1 927	670	1 257	1 141	786

¹ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

² Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

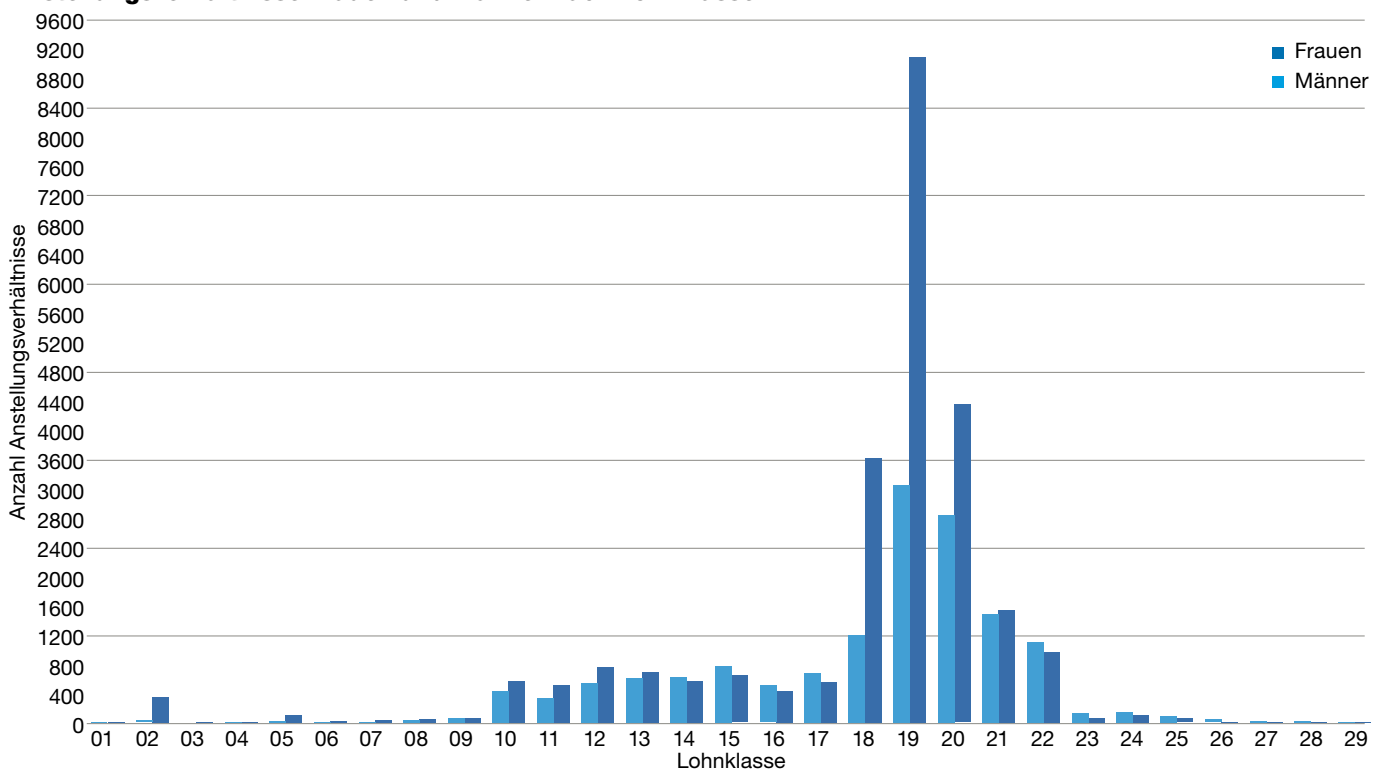
Altersaufbau



Der Personalkörper besteht ungefähr zur Hälfte aus Lehrerinnen und Lehrern einerseits und übrigen Verwaltungsangestellten andererseits. Von den Lehrpersonen sind wiederum fast 80%

weiblich, wodurch der grosse Frauenanteil insgesamt entsteht. Die Grafik zeigt ebenfalls, dass eine grössere Anzahl Personen in den nächsten Jahren in den Ruhestand tritt.

Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen



Der grösste Teil der Verwaltungsangestellten wie auch die Lehrerinnen und Lehrer der Volksschule sind in den Lohnklassen 18-20 eingereiht. Auch bei dieser Grafik zeigt sich der grosse

Anteil Frauen bei den Lehrpersonen. Bei den übrigen Verwaltungsangestellten ist das Verhältnis Frauen/Männer ungefähr ausgeglichen.

Immobilien

Gebäudezustand der Immobilien im Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die Baudirektion erfasst periodisch den baulichen Zustand und den erforderlichen laufenden Instandhaltungsbedarf. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse erlauben den gezielten Einsatz von Mitteln für die Werterhaltung der Gebäude, wodurch Folgeschäden und damit verbundene Mehrkosten vermieden werden können. Für die Analyse werden alle Liegenschaften mit einem Gebäudeversicherungswert von mindestens 1 Mio. Franken he-

rangezogen. Als Beurteilungskriterium wird das Verhältnis von Zustands- zu Neuwert (Z/N-Wert) ermittelt. Ein Wert von 1.0 entspricht dem Z/N-Wert eines Neubaus.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 714 Objekte im Verwaltungs- und Finanzvermögen überprüft. Der durchschnittliche Z/N-Wert per 31. Dezember 2021 liegt bei 0.75.

Analyse Zustands- zu Neuwert 2017–2021 (Stand 31. Dezember 2021)

Gebäude über 1 Million Franken Versicherungswert		2017	2018	2019	2020	2021
Zustands-/Neuwert Gesamtportfolio		0.73	0.72	0.76	0.75	0.75
Guter Zustand	Z/N-Wert 1.00–0.85	22%	22%	30%	27%	28%
Leicht schadhafter Zustand	Z/N-Wert 0.85–0.70	64%	63%	48%	47%	46%
Schlechter Zustand	Z/N-Wert 0.70–0.50	13%	14%	19%	25%	23%
Sehr schlechter Zustand	Z/N-Wert 0.00–0.50	1%	1%	3%	1%	3%

Mietverträge mit Dritten

Im Berichtsjahr wurden zusätzliche Flächen von insgesamt 7058 m² angemietet. Der Nettjahresmietzins aller angemieteten Objekte erhöhte sich um Fr. 139'018. Folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die insgesamt angemieteten Flächen und Mietkosten pro Direktion:

Mietverträge mit Dritten: Flächen und Mietkosten (Stand 31. Dezember 2021)

Direktion, Nutzer	Total Mietfläche	Büro	Unterricht/Schule	Diverse ¹	Anzahl Parkplätze	Nettomiete in Fr.
Direktion der Justiz und des Innern	32'200	25'904		6'296	136	8'694'210
Sicherheitsdirektion	85'755	49'454	400	35'902	1'135	19'807'488
Finanzdirektion	25'872	24'674		1'198	140	7'230'927
Volkswirtschaftsdirektion	30'803	29'262		1'541	86	8'561'770
Gesundheitsdirektion	1'837	1'710		127	21	558'548
Bildungsdirektion	384'975	51'888	289'181	43'906	880	89'139'569
Baudirektion	26'204	8'411	2'489	15'304	96	4'358'461
Total Direktionen	587'645	191'301	292'071	104'274	2'494	138'350'973
Steuerrekursgericht	869	762		107	2	211'560
Notariate	18'332	15'371		2'961	123	4'208'919
Finanzkontrolle	591	563		28	3	190'490
Total Mietverträge	607'437	207'997	292'071	107'369	2'566	142'961'942

¹ Archiv/Lager, Aussenanlagen, Hallen usw.



Einhaltung der Büroflächenstandards in der Zentralverwaltung

Die Flächenstandardvorgaben werden teilweise erreicht. Die erfolgten Veränderungen sind auf Einzelmassnahmen zurückzuführen. Die im Vergleich zum Flächenstandard höheren Werte in der engeren Zentralverwaltung entstehen durch Rochadeflächen, die für die anstehenden Sanierungsarbeiten freigehalten werden müssen.

Flächenbelegungswerte in der Zentralverwaltung pro Direktion in m²/AP

	Objekte mit Flächenstandardvorgabe 14.5 m ² /Arbeitsplatz (AP)				Objekte mit Flächenstandardvorgabe 17 m ² /Arbeitsplatz (AP)			
	2005	2020	2021	Differenz 2020/2021	2005	2020	2021	Differenz 2020/2021
Direktion								
Staatskanzlei					21.6	14.7	15.4	0.7
Direktion der Justiz und des Innern	19.6	17.3	16.4	-0.9	22.3	17.5	16.1	-1.4
Sicherheitsdirektion	19.4	15.4	15.2	-0.2	26.7	17.7	17.8	0.1
Finanzdirektion	27.6	15.8	14.3	-1.5	21.0	19.6	17.5	-2.1
Volkswirtschaftsdirektion	17.3	14.7	17.7	3.0	24.8	17.0	18.4	1.4
Gesundheitsdirektion	20.8	16.1	16.1		21.2	12.6	11.6	-1.0
Bildungsdirektion	14.7	14.6	13.6	-1.0	21.8	15.7	15.1	-0.6
Baudirektion	21.1	18.8	16.6	-2.2	20.3	16.8	16.5	-0.3

Mieterträge und Rendite im allgemeinen Finanzvermögen

Folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über den Marktwert und die Soll-Nettomietträge der Anlagen im allgemeinen Finanzvermögen nach der Nutzungsart:

Segmentierung/Liegenschaftstypen (Nutzung)

	Anzahl	Anzahl in %	Marktwert in Mio. Fr.	Marktwert in %	Soll-Nettomiet- ertrag in Mio. Fr.
Wohnen	181	50	228.6	41	7.8
Wohnen/Geschäft	67	19	77.1	14	2.8
Geschäft	60	17	159.6	28	7.5
Spezialliegenschaften	52	14	94.3	17	1.8
Total	360	100	559.6	100	19.9

Am 31. Dezember 2021 betrug die Bruttorendite 3,6 Prozent. Sie zeigt das Verhältnis der Soll-Nettomiete zum Marktwert der bebauten Liegenschaften. Die Auflösung verschiedener Rückstellungen über 6,4 Mio. Franken sowie die Rückerstattung der Projektierungskosten der Zollstrasse über 3,8 Mio. Franken aufgrund der Übertragung ins Verwaltungsvermögen mindern den Aufwand und führen zu einer Nettorendite per 31. Dezember 2021 von 3,7 Prozent. Diese zeigt das Verhältnis der Nettoerträge zum Marktwert der bebauten Liegenschaften.

Informatik

Hauptereignisse

Übertrag der IKT-Grundversorgung von den Direktionen in das Amt für Informatik

Innerhalb der Finanzdirektion hat zum 1. Januar des Berichtsjahres die Zuständigkeit für die IKT-Grundversorgung vom Steueramt zum Amt für Informatik (AFI) gewechselt. Das Supportteam ist in das AFI integriert worden.

Pilot neuer digitaler Arbeitsplatz im Amt für Informatik

Im letzten Quartal des Berichtsjahres wurde der neue digitale Arbeitsplatz (DAP) flächendeckend als Pilot im AFI ausgerollt. Der Pilotbetrieb stellt sicher, dass im Vorfeld des Ausrollens des DAP in weiteren kantonalen Verwaltungseinheiten Mängel frühzeitig behoben werden und Optimierungspotenzial realisiert wird. Der DAP-Rollout startet 2022 in weiteren Direktionen.

Allgemeine Indikatoren

	R20	B21	R21	Δ abs.	Δ %
B1 IKT-Aufwand pro Verwaltungsmitarbeitende (in Tausend Franken) IKT-Programm:		-21.9	-20.6	1.3	5.9
W1 Zentralisierungsgrad der IKT-Grundversorgung (in %)	59	71	71	0	0
W2 Standardisierungsgrad der IKT-Grundversorgung (in %)	32	46	37	-9	-19.6
W3 Ausbreitungsgrad der verwaltungsweiten IKT-Prozesse (in %)	27	53	34	-19	-35.8

Der Indikator W1 spiegelt die Übertragung der IKT-Grundversorgung der Direktionen und der Staatskanzlei in das AFI wider und liegt innerhalb des geplanten Wertes.

Die Abweichungen bei den Indikatoren W2 und W3 zu den Budgetwerten 2021 erklären sich durch den angepassten Rollout-Plan des DAP, dessen Umsetzung startet 2022. Im letzten Quartal des Berichtsjahres wurde der neue DAP im AFI als Pilot ausgerollt. Im Bereich IKT-Prozesse sind bereits einzelne Prozesse verwaltungsweit eingeführt worden.

Finanzielle Entwicklung der kantonalen IKT² (in Mio. Fr.)

	R20	B21	R21	Δ abs.	Δ %
Aufwand Erfolgsrechnung (ohne Verrechnungen)	¹	-262.8	-248.5 ³	14.3	5.4
Investitionsausgaben	-31.0	-58.6	-49.2	9.4	16.0

Der Aufwand in der Erfolgsrechnung fällt um 5,4 Prozent geringer aus als im Budget 2021 vorgesehen. Die Hauptursache ist die Verschiebung der Einführung des DAP.

Investitionsvorhaben, die im Geschäftsjahr nicht realisiert worden sind, führten dazu, dass die budgetierten Investitionsmittel höher ausfielen als die tatsächliche Inanspruchnahme.

Die Abweichung ist vornehmlich auf die Finanzdirektion, Amt für Informatik, und die Bildungsdirektion, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, zurückzuführen. Hier verschob sich die Verwendung der Investitionsmittel für die Ausstattung der Arbeitsplätze auf die Folgejahre.

Security Operations Center

Das Security Operations Center (SOC) hat im Berichtsjahr im AFI den Betrieb aufgenommen. Das Ziel des SOC ist einerseits die proaktive Früherkennung und Beobachtung von IKT-Sicherheitsbedrohungen und andererseits die gezielte Stärkung der Handlungsfähigkeit bei Cyberattacken. Das SOC wird kontinuierlich ausgebaut.

Finanzielle Entwicklung

Indikatoren

Nachfolgend aufgeführt sind Indikatoren zur Entwicklung der kantonalen Informatik, wie sie im KEF 2021–2024 ausgewiesen wurden. Weitere Indikatoren werden in den kommenden Jahren ergänzt.

Schlussbemerkung

Die vorliegenden Angaben zur kantonalen Informatik werden im Laufe der Standardisierung und der Zentralisierung der IKT-Grundversorgung kontinuierlich ausgebaut.

Weitere Informationen

Verweise auf wichtige Informationen

- Überblick Finanzdirektion, Teil II des Geschäftsberichts 2021
- Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik, Teil II des Geschäftsberichts 2021
- IKT-Strategie auf zh.ch

¹ Dienstleistungen Dritter, extern, und Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten für die Informatik werden erst ab 2021 auf gesonderten Subkonten geplant. Für das Jahr 2020 kann daher der Informatikaufwand nicht ausgewiesen werden.

² Die kantonale IKT umfasst die Direktionen und die Staatskanzlei sowie den Zürcher Verkehrsverbund und die Arbeitslosenkasse.

³ Der Personalaufwand und die Abschreibungen für Hardware und Software sind anhand der Budget-2021-Zahlen ermittelt worden.

Bedeutende Beteiligungen

Beteiligungen sind verselbstständigte Organisationen und Unternehmen des öffentlichen oder privaten Rechts im vollständigen oder teilweisen Eigentum des Kantons, die öffentliche Aufgaben erfüllen oder Vorleistungen dazu erbringen. Für die Beteiligungen des Kantons werden in Eigentümerstrategien strategische Ziele sowie Vorgaben zur Vertretung in den Organen, zur Berichterstattung und zur Risikobeurteilung festgelegt. Auf Eigentümerstrategien kann verzichtet werden, wenn die strategischen Ziele in der Spezial- oder Bundesgesetzgebung ausreichend bestimmt sind (Richtlinien über die Public Corporate Governance).

Als bedeutende Beteiligungen in Zuständigkeit des Regierungsrates werden die untenstehenden 17 Beteiligungen eingestuft. Der Regierungsrat ist für das Festlegen der Eigentümerstrategien zuständig, wenn eine Beteiligung bedeutende Risiken für den Kantonshaushalt, die Volkswirtschaft oder das Ansehen des Kantons aufweist, ihr Anteil am Eigenkapital über 30 Prozent und ihr Wert über 1 Mio. Franken liegt (§ 13a VOG RR).

Beteiligung	Zuständige Direktion	Eigentümerstrategie	Bericht zur Umsetzung der Eigentümer- strategie ¹	Weitere Informationen
Axpo Holding AG	BD	RRB Nr. 1196/2016	RRB Nr. 693/2021	Axpo Holding AG, Geschäftsbericht
BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS)	JL	Verzicht gemäss PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 786/2021, Vorlage 5733	BVS Zürich, BVG- und Stiftungs- aufsicht, Geschäftsbericht und Jahresrechnung
Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ	BD	RRB Nr. 1197/2016	RRB Nr. 962/2021	Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Geschäftsbericht, KR-Nr. 68a/2021
Flughafen Zürich AG	VD	RRB Nr. 1003/2015	RRB Nr. 1275/2021	Flughafen Zürich AG, Geschäftsbericht
Gebäudeversicherung Kanton Zürich	DS	Verzicht gemäss RRB Nr. 377/2015 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 399/2021, Vorlage 5702	Gebäudeversicherung Kanton Zürich, Geschäftsbericht
Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	GD	RRB Nr. 349/2021, Vorlage 5698	RRB Nr. 485/2021 Vorlage 5715a	Integrierte Psychiatrie, Geschäfts- bericht und Teil II dieses Geschäfts- berichts, Leistungsgruppe Nr. 9540
Kantonsspital Winterthur	GD	RRB Nr. 345/2021, Vorlage 5696	RRB Nr. 483/2021, Vorlage 5714	Kantonsspital Winterthur, Jahres- bericht und Teil II dieses Geschäfts- berichts, Leistungsgruppe Nr. 9520
Opernhaus Zürich AG	JL	RRB Nr. 705/2018	RRB Nr. 1117/2021	Opernhaus Zürich, Geschäftsbericht
Pädagogische Hochschule Zürich	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 434/2021, Vorlage 5706	Pädagogische Hochschule Zürich, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9740
Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	GD	RRB Nr. 347/2021, Vorlage 5697	RRB Nr. 481/2021, Vorlage 5713	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Geschäftsbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungs- gruppe Nr. 9530
Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (SVA Zürich)	DS	Verzicht gemäss PCG-Richtlinie 5.5	²	Sozialversicherungsanstalt des Zürich, Jahresbericht
Schweizerische Nationalbank		³		Schweizerische Nationalbank, Geschäftsbericht
Universität Zürich	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 433/2021, Vorlage 5705	Universität Zürich, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9600
Universitätsspital Zürich	GD	RRB Nr. 343/2021, Vorlage 5695	RRB Nr. 479/2021, Vorlage 5712	Universitätsspital Zürich, Geschäfts- bericht und Teil II dieses Geschäfts- berichts, Leistungsgruppe Nr. 9510
Zürcher Hochschule der Künste	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 434/2021, Vorlage 5706	Zürcher Hochschule der Künste, Jahresbericht, und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9720

Bedeutende Beteiligungen

Beteiligung	Zuständige Direktion	Eigentümerstrategie	Bericht zur Umsetzung der Eigentümer- strategie ¹	Weitere Informationen
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 434/2021, Vorlage 5706	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9720
Zürcher Kantonalbank		4		Zürcher Kantonalbank, Geschäftsbericht

¹ Im Berichtsjahr verabschiedeter Bericht. Bei Beteiligungen ohne Eigentümerstrategie: Bericht zur Umsetzung der strategischen Ziele gemäss Spezialgesetzgebung

² In Zuständigkeit des Aufsichtsrates § 5 lit. i EG AHVG/IVG (LS 831.1)

Weitere Informationen über die bedeutenden Beteiligungen finden sich in Teil III dieses Geschäftsberichts einerseits in der Beilage «Beteiligungsbericht» mit Angaben zu den bedeutenden Beteiligungen in Zuständigkeit des Regierungsrates gemäss § 107 des Kantonsratsgesetzes (LS 171.1) und andererseits

³ Unterliegt keinem Controlling des Regierungsrates, da geringe Beeinflussbarkeit der Risiken durch den Kanton

⁴ In Zuständigkeit des Kantonsrates

im Finanzbericht in der Beteiligungsliste. Im Anhang zu Teil II dieses Geschäftsberichts befinden sich zudem die Leistungsgruppenblätter derjenigen Beteiligungen, die zu konsolidieren sind. Weitere Informationen zu den Beteiligungen finden sich unter zh.ch/pcg.

Allgemeiner Geschäftsgang

Am 14. April wählte der Regierungsrat Jacqueline Fehr zu seiner Präsidentin und Ernst Stocker zu seinem Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2021/2022.

	2020	2021		2020	2021
Regierungsratssitzungen			Stellungnahmen des Regierungsrates		
Sitzungen	50	41	Motionen	17	18
Regierungsratsbeschlüsse	1330	1555	– davon Leistungsmotionen		
– Rekurse	60	113	Postulate	27	19
			– davon dringliche	8	4
Geschäfte des Regierungsrates			Entgegennahmen (Motionen und Postulate)	31	51
Geschäftseingänge	1702	3101	Beantwortungen des Regierungsrates		
			Interpellationen	29	8
Parlamentarische Vorstösse			– davon dringliche	5	4
Einreichungen			Anfragen	234	247
Motionen	23	33	– davon dringliche	7	6
– davon Leistungsmotionen			Berichte und Anträge des Regierungsrates		
Postulate	54	60	Motionen	3	2
– davon dringlich erklärte (dringliche)	12	5	– davon Leistungsmotionen		
Interpellationen	25	10	Postulate	23	45
– davon dringliche	5	6	– davon dringliche	4	5
Anfragen	259	225	Ergänzungsberichte	3	
– davon dringliche	8	4	Volksinitiativen	2	1
Überweisungen des Kantonsrates			Einzelinitiativen		2
Motionen	11	15	Behördeninitiativen		
– davon Leistungsmotionen			Gegenvorschläge (konstruktives Referendum)		
– davon als Postulat			Rückzüge		
Postulate	31	32	Motionen	2	2
– davon dringliche	4	6	Postulate	2	1
Volksinitiativen			Interpellationen	1	1
Einzelinitiativen (vorläufig unterstützt)			Anfragen		
Behördeninitiativen (vorläufig unterstützt)			Volksinitiativen		
			Einzelinitiativen		1
			Behördeninitiativen		

Rechtsetzung

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 22 Sitzungen insgesamt 25 Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt.

Der Regierungsrat hat über die Kantonsverfassung und folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Gesetze

	Art	Antrag Regierungsrat
Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Elektronische Überwachung zum Schutz gewaltbetroffener Personen	Ä	20. Januar
Gesetz über die finanzielle Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund der Coronapandemie	N	22. Januar
Gesetz über Urnenabstimmungen in Versammlungsgemeinden während der Corona-Pandemie, Verlängerung der Geltungsdauer	Ä	25. Januar
Gesetz über den selbstbestimmten Leistungsbezug durch Menschen mit Behinderung	N	31. März
Steuergesetz, Gegenvorschlag zur «Gerechtigkeitsinitiative»	Ä	14. April
Polizeiorganisationsgesetz, Zuständigkeit für den Betrieb der Polizeigefängnisse	Ä	5. Mai
Gesetz über die politischen Rechte, Vereinfachung der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen	Ä	30. Juni
Gesetz über die kantonale Schule für Berufsbildung und Weiterbildung	N	25. August
Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, Aufgabenübertragung an die SVA	Ä	1. September
Gesetz über die Verwendung der Zusatzbeiträge des Bundes an Covid-19-Härtefallmassnahmen für Unternehmen	N	8. September
Fachhochschulgesetz, Organisationsstruktur	Ä	8. September
Gesetz über die finanzielle Unterstützung der öffentlich-rechtlichen institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund der Coronapandemie	N	6. Oktober
Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019	N	24. November

Verordnungen (Auswahl)

	Art	Beschluss Regierungsrat
Rechnungslegungsverordnung	Ä	13. Januar
Verordnung über die universitären Medizinalberufe	Ä	3. Februar
Verordnung über den Bahntransport von Aushub und Gesteinskörnung	N	3. Februar
Bauverfahrensverordnung	Ä	3. Februar
Kulturfondsverordnung	N	24. Februar
Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der kantonalen Führungsorganisation	Ä	17. März
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz	Ä	31. März
Lehrpersonalverordnung	Ä	31. März
Mittel- und Berufsschullehrervollzugsverordnung	Ä	31. März
Verordnung zum Sozialhilfegesetz	Ä	14. April
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie	Ä	15. April
Justizvollzugsverordnung	Ä	21. April
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie	Ä	27. April
Verordnung über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	Ä	19. Mai
Verordnung über die Kantonale Ethikkommission	N	23. Juni
Finanzcontrollingverordnung	Ä	30. Juni
Besondere Bauverordnung I	Ä	14. Juli
Gemeindeverordnung	Ä	14. Juli
Mittelschul- und Berufsschullehrerverordnung	Ä	25. August
Mittel- und Berufsschullehrervollzugsverordnung	Ä	25. August
Mittelschulverordnung	Ä	25. August
Verordnung über die Lehrpersonen der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen	Ä	25. August
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	25. August
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz	Ä	1. September



Verordnungen (Auswahl)

	Art	Beschluss Regierungsrat
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	8. September
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Personalbereich	N	22. September
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Gesundheitsbereich	N	22. September
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Bildungsbereich	N	22. September
Verordnung über die Kommission zur Bekämpfung von Menschenhandel	N	6. Oktober
Verordnung über die Alimentenhilfe	Ä	6. Oktober
Verordnung über die Finanzierung der Sonderschulung	N	6. Oktober
Spitalschulverordnung	N	6. Oktober
Kinder- und Jugendheimverordnung	N	6. Oktober
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Gesundheitsbereich	Ä	6. Oktober
Verordnung über den Gewässerschutz	Ä	27. Oktober
Verordnung über das Gebäude- und Wohnungsregister und die Datenlogistik	Ä	27. Oktober
Verordnung über die elektronische Überwachung zum Schutz gewaltbetroffener Personen	N	27. Oktober
Kantonspolizeiverordnung	Ä	27. Oktober
Kantonale Geldspielverordnung	N	27. Oktober
Verordnung über die universitären Medizinalberufe	Ä	27. Oktober
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Bildungsbereich	Ä	24. November
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie im Bildungsbereich	Ä	8. Dezember
Hundeverordnung	Ä	15. Dezember
Denkmalpflegefondsverordnung	N	15. Dezember

N = Neuer Erlass
Ä = Änderung

«Die Abnahme der Biodiversität gibt mir zu denken. Gut, dass der Kanton hilft, Tiere und Pflanzen zu schützen.»
Nicolas Hatt

Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2021

Die folgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 3 Mio. Franken (einmalig) bzw. mehr als 300 000 Franken (jährlich wiederkehrend), die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss § 37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kan-

tonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung [LS 101]). In der Aufstellung nicht enthalten sind die Ausgaben, welche die Direktionen aufgrund der Kompetenzdelegation gemäss § 39 lit. c und d der Finanzcontrollingverordnung (LS 611.2) bewilligten, sowie die Ausgabenbewilligungen der zuständigen Organe des Konsolidierungskreises 2 (Behörden und Rechtspflege) und der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
20. Januar	38	Areal der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, Rheinau, Gesamterneuerung Gebäude Alleestrasse 86–88	22 952 000
20. Januar	39	Strassen Stammheim, 352 Waltalinger-/Steinerstrasse, Säleten bis Kantonsgrenze Thurgau, Strasseninstandsetzung	4 150 000
20. Januar	45	Covid-19-Impfprojekt, erste Tranche	50 400 000
22. Januar	56	Covid-19-Härtefallprogramm des Kantons Zürich, Kriterien für die zweite Zuteilungsrunde	5 500 000
3. Februar	74	Kantonspolizei, Ersatz und Betrieb Datacenter	32 200 000
3. Februar	89	Strassen, Glattfelden, 7 Umfahrungsstrasse, Unterführung SBB, Instandsetzung und Verstärkung	5 380 000
3. Februar	94	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), Thurgauerstrasse 80, Zürich, Mietvertrag (wiederkehrend)	1 715 175
3. Februar	95	Bezirksgebäude Affoltern a. A., Instandsetzungsmassnahmen	4 150 000
24. Februar	139	Kantonspolizei, Aufbau und Betrieb eines Security Informations- und Event Management Systems sowie eines Security Operation Centers, gebundene Ausgabe	3 460 000
24. März	293	Strassen, Affoltern a. A., 654 Mühlebergstrasse, Radweglückenschliessung und Instandstellung	7 415 000
31. März	328	Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management, Weiterentwicklung und nachhaltige Finanzierung (wiederkehrend)	540 000
31. März	334	Sportfonds, Zürcher Kantonalverband für Sport, jährlicher Beitrag 2022–2025	23 600 000
31. März	351	Ergänzender befristeter Leistungsauftrag Contact Tracing	7 970 000
31. März	354	Strassen Dietikon/Weiningen/Unterengstringen, Sanierung Limmatbrücke, 616 Niederholzstrasse, 3 Ueberlandstrasse, Strasseninstandsetzung	6 520 000
31. März	355	Asylzentrum Adliswil, Ersatzneubau	20 295 000
14. April	391	Strassen Wallisellen, Dietlikon, Wangen-Brüttsellen und Bassersdorf, Veloschnellroute, Velohaupt- und -nebenverbindung und Busspur	4 134 000
14. April	393	Zentrum für Gehör und Sprache Zürich (ZGSZ), Instandsetzung Sporthalle	5 487 000
14. April	395	Amt für Informatik und Veterinäramt, Mietvertrag (wiederkehrend)	1 612 770
14. April	402	Versorgungsnotwendige Sonderleistungen von Listenspitälern, Subventionen 2021	86 500 000
14. April	407	Liegenschaften Zollstrasse 20/36, Zürich, Gesamtinstandsetzung	50 240 000
5. Mai	449	Kantonspolizei, Ersatz und Betrieb der Speicherlösung zur Sicherung digitaler Spuren	4 100 000
5. Mai	468	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Gertrudstrasse 6–12, Winterthur, Mietvertrag (wiederkehrend)	1 107 520
19. Mai	507	Kantonspolizei, Erweiterung der Grenzkontrollschalter zur Einführung des Entry-Exit-Systems	3 660 000
19. Mai	543	Standardisierte IKT-Grundversorgung für die Schulen der Sekundarstufe II	15 400 000
2. Juni	598	Versorgungssituation Kinder- und Jugendpsychiatrie, Massnahmenpaket 2021–2022	7 900 000
30. Juni	703	Kantonspolizei, Erneuerung des Kommunikationssystems der Einsatzzentralen	5 350 000
30. Juni	704	Kantonspolizei, Ersatz Drucker	6 250 000
30. Juni	715	Stiftung Juventus Schulen, Kostenanteil 2021–2025	21 800 000
30. Juni	716	Mechatronik Schule Winterthur, Kostenanteil 2021–2025	14 000 000
30. Juni	732	Grossmünster Zürich, Instandsetzung und Optimierung	35 000 000
7. Juli	772	Strassen, Maur, 712 Aeschstrasse, Radweglückenschliessung	5 120 000
7. Juli	773	Kantonsschulen Freudenberg und Enge, provisorische Sporthallen	6 515 000
7. Juli	774	Kantonsschule Uetikon am See, provisorische Sporthalle	5 075 000
7. Juli	782	Beschaffung und Einführung einer neuen Fachapplikation Justizvollzug	15 590 000
14. Juli	819	Polizei- und Justizzentrum Zürich, Objektrückgaben und Betriebsstart	20 800 000

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
25. August	869	Kantonsschule Rychenberg Winterthur, Reinigungsdienstleistung	3 374 635
25. August	878	Strassen, Kloten, 349/584/592 Butzenbuelring, Instandsetzung	5 606 000
25. August	888	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Wädenswil, Gesamtnutzung Shedhallen, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	4 475 000
25. August	889	Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen, Winterthur, Mietvertrag, Konradstrasse 14 (wiederkehrend)	2 386 620
25. August	889	Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen, Winterthur, Spezialausbau, Konradstrasse 14	4 772 000
15. September	1031	Vierte Welle der Coronapandemie, Entschädigung der Zusatzkosten von Covid-Spitälern, Tarifierunterdeckung	9 900 000
15. September	1031	Vierte Welle der Coronapandemie, Entschädigung der Zusatzkosten von Covid-Spitälern, gemeinwirtschaftliche Leistungen	8 167 000
22. September	1062	Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms 2022–2023, KIP 2 ^{bis} und Folgejahre	4 322 560
6. Oktober	1107	Revisionen der kaufmännischen Grundbildungen und der Grundbildungen des Detailhandels 2022, Weiterbildung von Lehrpersonen	3 355 000
6. Oktober	1114	Bezirksanlage Pfäffikon, Teilinstandsetzung und Umbau Sicherheitsabteilung, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	5 300 000
6. Oktober	1122	Contact Tracing, ergänzender befristeter Leistungsauftrag	13 185 000
6. Oktober	1127	Krankenversicherung, Prämienverbilligung 2022	544 400 000
6. Oktober	1127	IT-Anpassungen Sozialversicherungsanstalt	3 377 314
6. Oktober	1138	Aufbau Schutzbautenmanagementsystem	4 100 000
6. Oktober	1139	Rathaus Zürich, Provisorium Kirche Hard, Mietvertrag (wiederkehrend)	636 720
6. Oktober	1139	Rathaus Zürich, Provisorium Kirche Hard, bauliche Anpassungen	9 962 000
27. Oktober	1192	Strassen, Neftenbach, 343 Umfahrungs-/Schaffhausenstrasse, Huebstrasse bis Kreisel Aesch, Strasseninstandsetzung	5 960 000
27. Oktober	1196	Strassen, Turbenthal, 812 Schmidrütistrasse, Kellersacher bis Chrinnenberg, Strasseninstandsetzung	5 160 000
27. Oktober	1197	Strassen, Ossingen/Stammheim, 352 Steiner-/Hauptstrasse, Bahnübergang Ossingen bis vor Einmündung Guntalingen, Strasseninstandsetzung	4 360 000
27. Oktober	1201	Logenbetrieb für die engere Zentralverwaltung, Dienstleistungsvertrag	5 512 410
27. Oktober	1203	Kantonspolizei, Ladeinfrastruktur Elektromobilität	3 430 664
27. Oktober	1219	Covid-19-Impfprojekt	51 500 000
3. November	1251	Notfalldienstorganisation, Abgeltung für Zusatzaufwand wegen Covid-19-Pandemie	4 146 000
17. November	1306	Sanitätsdienstliche Einsatzleitzentrale, Alarmzentrale und Katastrophenmaterial	52 756 000
17. November	1307	Revisionen der kaufmännischen Grundbildungen und der Grundbildungen des Detailhandels 2022, Umsetzung – Phase Realisation	4 358 000
24. November	1360	Kantonsschulen Zürich Nord, Rämibühl, Freudenberg/Enge, Schulraumprovisorium Zürich-Irchel	44 350 000
24. November	1360	Kantonsschulen Zürich Nord, Rämibühl, Freudenberg/Enge, Sporthallenprovisorium Zürich-Irchel	14 415 000
8. Dezember	1472	Strassen, Seuzach, 512 Ohringerstrasse, Kreisel Zentrum, Seuzach bis Kreisel Wiesental Unterohringen, Strasseninstandsetzung	3 850 000
8. Dezember	1477	Justizvollzug und Wiedereingliederung, Modellversuch «Ressourcenorientierte Betreuung und Sozialarbeit in der Untersuchungshaft»	5 296 800
8. Dezember	1480	Einführung einer neuen HCM-Standardlösung, Durchführung Projekt	6 214 650
8. Dezember	1480	Einführung einer neuen HCM-Standardlösung, Subskription HCM-Lizenzen	8 900 000
8. Dezember	1480	Einführung einer neuen HCM-Standardlösung, Subskription HCM-Lizenzen (wiederkehrend)	5 400 000
15. Dezember	1519	Strassenverkehrsamt, Kontrollschilderbeschaffung 2022–2027	5 200 000
15. Dezember	1529	Gewerbliche Berufsschule Wetzikon, Gesamtinstandsetzung	35 089 000
15. Dezember	1551	Kantonsschule Zürich Nord, Gesamtinstandsetzung	123 200 000



Volksabstimmungen

Datum	Abstimmungsgeschäft	Kantonales Ergebnis		Stimmbe- teiligung (Kt.) %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
7. März	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 15. September 2017 «Ja zum Verhüllungsverbot»	221 559	269 275	51.94	1 427 344	1 360 750
	Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)	171 915	314 009	51.72	984 574	1 778 196
	Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien	277 974	199 826	51.38	1 408 462	1 318 688
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 17. August 2020; Anpassung Grenzwerte)	346 541	84 349	49.24		
	Sozialhilfegesetz (SHG) (Änderung vom 15. Juni 2020; Klare rechtliche Grundlage für Sozialdetektive)	305 604	145 619	50.13		
	A. Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»	202 116	259 805	50.94		
	B. Gegenvorschlag des Kantonsrates; Polizeigesetz (PolG) (Änderung vom 9. März 2020; Nennung der Nationalität bei Polizeimeldungen)	238 692	193 643	49.94		
	C. Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die Volks- initiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates Polizei- gesetz (PolG) angenommen werden?	176 861	249 503	49.65		

Volksabstimmungen

Datum	Abstimmungsgeschäft	Kantonales Ergebnis		Stimme- teiligung (Kt.) %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
13. Juni	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 18. Januar 2018 «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»	277 482	285 314	59.47	1 276 117	1 970 332
	Volksinitiative vom 25. Mai 2018 «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»	269 282	292 415	59.43	1 280 026	1 965 161
	Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	359 925	199 184	59.39	1 936 344	1 280 128
	Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO ₂ -Gesetz)	311 950	251 032	59.46	1 568 032	1 671 210
	Bundesgesetz vom 25. September 2020 über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)	302 856	253 360	59.26	1 811 795	1 390 383
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele (EG BGS) (vom 16. November 2020)	321 204	172 974	56.11		
	Kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»	182 464	323 705	56.53		
	Kantonale Volksinitiative «Mehr Geld für Familien»	197 643	316 305	56.93		
26. Sept.	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»	182 856	325 621	54.01	987 045	1 823 262
	Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)	356 917	159 545	54.61	1 828 642	1 024 307
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Beschluss des Regierungsrates – Verzicht auf die Anordnung einer kantonalen Volksabstimmung am 26. September 2021					
28. Nov.	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 7. November 2017 «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)»	388 781	240 672	66.53	2 161 080	1 382 977
	Volksinitiative vom 26. August 2019 «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»	198 332	408 911	65.54	1 095 174	2 334 980
	Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (Härtefälle, Arbeitslosenversicherung, familienergänzende Kinderbetreuung, Kulturschaffende, Veranstaltungen)	422 791	215 917	67.23	2 222 373	1 361 284
	Kantonale Volksabstimmungen					
Energiegesetz (EnerG) (Änderung vom 19. April 2021; Umsetzung der MuKE n 2014)	359 275	214 331	63.10			

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Fotos Umschlag

André Roth und Marc Schmid, Zürich

Fotos Inhalt

Raisa Durandi, Zürich

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)

Auflage

510 Expl.

Internet

zh.ch/gb

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)
Art.-Nr. 686633

ISSN-Nummer

ISSN 2504-4737

